

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Dienstag, 20. November 1923.

Nr. 271.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Kr. 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Abstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (rüh)

Poteminsche Dörfer.

Der sechste Jahrestag der russischen Revolution löste mancherlei Betrachtungen aus. Die kommunistischen Zeitungen mühten sich, zu erzählen, daß Rußland emporklüfte, während im übrigen Europa die Zerrüttung fortschreite, daß Rußland durch seine wirtschaftliche Konsolidierung und einen großen Getreideüberschuß in die Weltwirtschaft wieder eingetreten sei, daß das Leben des russischen Arbeiters ein besseres sei als jenes der westeuropäischen Arbeiter und vieles andere mehr. Die kapitalistische Presse dagegen entwarf von den Zuständen in Rußland nach wie vor düstere Bilder, erinnerte an bolschewistische Greuelthaten, wobei aus jedem Wort der zügellose Haß des Kapitalismus über die politische Herrschaft der Sowjetregierung, welche die Herstellung der alten Machtverhältnisse verhindert, hervorleuchtete. Die Revolution von 1917 ging nicht ohne Förderung des preussisch-deutschen Militarismus vor sich, der von der Revolution die Ausschaltung Rußlands aus der Reihe der Gegner der Mittelmächte erwartete, wobei ihm die Hoffnung trug, es werde nach dem Kriege möglich sein, mit der Revolution bald wieder militärisch aufzuräumen. Es kam aber anders, als der deutsche Imperialismus erhofft hatte: er selber wurde besiegt, worauf der Imperialismus der Siegerstaaten es übernahm, Sowjetrußland durch Unterstützung der Gegenrevolution niederzuwerfen. Es gibt keinen sozialistisch denkenden Arbeiter, der der Bourgeoisie, welche die Auftragnehmerin der Kapitalistenklasse ihrer Länder ist, das allergeringste Recht zusprechen würde, sich über die jetzigen und früheren Zustände im bolschewistischen Rußland lässlich zu entrichten, denn es ist derselbe Kapitalismus und Imperialismus, der ebenso die Millionen Toter, Krüppel, Witwen und Waisen des Weltkrieges auf dem Gewissen hat, wie das barbarische Wüten der gegenrevolutionären Wangel- und Denkinbanden, die mit westeuropäischen Kapitalistengeseltern ausgerüstet und ausgehalten wurden. Dessenungeachtet wäre es für die Arbeiterklasse verfehlt, nicht sehen zu wollen, wie die Dinge in Rußland sind, dies um so mehr, als die Kommunisten allem bitteren Lehrgeld zum Trotz, das die Arbeiterklasse aller Länder für die Erkenntnis ihrer Experimente zahlen mußte, nicht aufhören, den Arbeiter in den anderen europäischen Staaten die bolschewistischen Methoden zur Nachahmung anzupfehlen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß es eine Zeit gab, in der große Massen der Arbeiterklasse durch die neue Lehre von Moskau überall in ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung erschüttert waren. Obwohl sie einzig dem Wirken der Sozialdemokratie ihren politischen Aufstieg und wichtige sozialistische Erregungenschaften zu danken hatten, glaubten viele doch der kommunistischen Lehre, weil sie die rasche Erreichung des sozialistischen Zieles versprach. Die russische Revolution galt ihnen als wichtiger Stützpunkt und Vorbedingung zur Erreichung ihrer eigenen Befreiung. Von den Hoffnungen ist wenig übriggeblieben. Daß das russische Proletariat durch ein Meer von Elend hindurchgehen mußte, und daß der Bolschewismus das Wirtschaftsleben Rußlands zerstörte, ehe er seine Schwelung zu den neuen Wirtschaftsformen machte, die die volle Rückkehr zum Kapitalismus bedeuten, ist aber, so bittere Enttäuschungen es für die Arbeiterklasse bedeutete, nicht das Entscheidende an den Fehlern und Irrtümern des Bolschewismus. Wenn versucht wird, die wirtschaftlichen Zustände in Rußland in einen erfreulichen Gegenjag zu den Verhältnissen in den anderen Ländern zu stellen, so fehlt dafür, ganz abgesehen davon, daß die Verwüstungen des Bolschewismus erst in vielen Jahren werden aufgehoben werden können, schon deshalb jede Voraussetzung, weil das Wirtschaftsleben in Rußland heute ein ebenso kapitalistisches und von sozialistischer Produktionsweise entferntes ist, wie in den kapitalistischen Staaten selbst, denn der Bolschewismus ist gegenwärtig nicht mehr als eine

Die entscheidende Reichstags-Woche.

Heute spricht Bels über die Stresemann-Politik und das hochverräterische Treiben der Schwerindustrie. — Wahrscheinliches Mißtrauensvotum gegen das Stresemann-Kabinett. — Rechtsregierung in Sicht.

Berlin, 19. November. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute nachmittag zu einer Beratung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Im Verlaufe der Debatte wurde allgemein von der Politik der Regierung scharfe Kritik geübt. Die Fraktion sahte noch keinen endgültigen Entschluß. Es ist anzunehmen, daß sie bei der Abstimmung aus Anlaß der politischen Aussprache durch einen eigenen Antrag der Reichsregierung ihr Mißfallen über die Politik der letzten Wochen aussprechen wird. Die endgültige Stellungnahme wird in der Dienstag- und Freitags-Sitzung der Reichstagsfraktion anberaumten Fraktionssitzung erfolgen.

In der morgigen Reichstagsdebatte will der Reichstagspräsident nicht zuerst das Wort ergreifen, da er der Meinung ist, daß das jetzige Kabinett nur eine Umbildung des früheren Kabinetts sei, und da er, nach seiner Meinung, keine Politik nicht geändert habe, so möchte zuerst die Opposition reden. Die sozialdemokratische Fraktion, als die stärkste Partei des Reichstags, wird also zuerst zum Worte kommen und unser Redner, voraussichtlich Genosse Bels, wird eine gründliche Abrechnung mit dem Verhalten des Kabinetts Stresemann und mit den bürgerlichen Parteien halten. Er wird insbesondere die unklarheit nachweisen, wie die Vertreter des Unternehmers in den Kabinetsregierungen bei den Verhandlungen mit den Franzosen selbst offenen Verrat an den Interessen des Deutschen Reiches nicht gescheut haben, um an f

Vertrauen zu Stresemann.

Berlin, 18. November. (Waf.) Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm mit 206 gegen 11 Stimmen eine Entschließung an, in der in Übereinstimmung mit der Reichsregierung ausgesprochen wird, daß der staatsrechtliche Zusammenhang des besetzten Gebietes mit Reich und Ländern unverändert bleibt. Der Zentralvorstand spricht weiter dem Parteiführer Doktor

politische Herrschaftsform. Wie selbst die staatsrechtliche, von den bolschewistischen Parteimitgliedern gefärbte und zugestubte Statistik zugeben muß, ist die Arbeitslosigkeit noch immer eine außerordentlich große, die Löhne der beschäftigten Arbeiter weit unter dem Existenzminimum, und die Warenpreise ungemein hoch, um das ausländische Kapital ins Land zu locken, dies durch besonders günstige Profitgelegenheit zu erreichen suchen, die zu Lasten der breiten Volksmassen fallen. Die rötlichen kommunistischen Schilderungen über Rußlands soziale und wirtschaftliche Entwicklung finden darum wenig Glauben bei den Massen mehr. Man wertet sie längst als durchsichtige Stimmungsmache. Als die große Katharina gewisse Provinzen des russischen Reiches bereiste, ließ ihr leitender Staatsmann Potemkin rasch die äußere Fassade der Häuser der Dörfer, welche sie durchfuhr, auf den Glanz herrichten, um sie über das Elend der Bewohner dieser Landstriche zu täuschen. Man weiß nun, daß man auch unter dem bolschewistischen Regime in Rußland, an die Methoden des seligen Potemkin nicht vergessen hat.

Das schmerzlichste an den bolschewistischen Verhältnissen liegt aber für die gesamte Arbeiterklasse, und nicht zuletzt auch für den Bolschewismus selbst, auf einem anderen Gebiete: in der Zerlegung und Zerstörung der Einheitsfront der Arbeiterbewegung. Nach den furchtbaren Lehren des Krieges waren die sozialistischen Parteien in allen Ländern mächtig und stark, und sie wären heute, ohne die Zerstörungsarbeit der Kommunisten ein wichtiger, bestimmender Faktor im staatlichen Leben. Doch der Bolschewismus verfiel der verhängnisvollen Idee, seine Methoden auf die westlichen Länder übertragen zu wollen, obwohl hier die Verhältnisse ganz

andere lagen. Während in Rußland das Bürgertum nur in kärglichen Ansätzen vorhanden war, und es den Bolschewisten gelang, durch Befriedigung des Landbauers der armen Bauern, die Massen des Landvolkes zur Unterstützung des Sowjetregimes — von dem sie übrigens in ihrer dörflichen Abgeschlossenheit nicht viel wahrnahmen — zu bestimmen, ist in den westlichen Ländern Europas ein selbstbewusstes, kräftiges Bürger- und Bauertum. Hier mußte die Lehre, daß eine proletarische Minderheit in ihrer Staatsmacht an sich zu reißen, verlangen. Die ewigen Revolutionen- und Generalsstreikparolen der Kommunisten steigerten nur die Widerstandskraft der Bourgeoisie und zeitigte den Faschismus, dem es gelungen ist, wichtige Stellen zu erobern, in manchen Ländern sogar die Arbeiterbewegung vollständig niederzutreten. Der Bolschewismus überjah, daß in Westeuropa nur eine einige und geschlossene Arbeiterklasse die proletarische Revolution durchführen kann und muß, nun seine Spaltungsbestrebungen damit bezahlen, daß ihm die geschwächte und zerrissene Arbeiterbewegung nicht mithelfen konnte, den proletarischen Charakter der russischen Revolution aufrechtzuerhalten, wie es hätte geschehen können, wenn die Einheitsfront und damit die Kraft der sozialistischen Bewegung erhalten geblieben wäre. Auch wenn das Los der russischen Arbeiter ein besseres wäre als es ist, das Schuldkonto des Bolschewismus an dem der ganzen Arbeiterklasse Europas zugefügten Schaden, wäre darum nicht kleiner. Wenn daher die kommunistischen Mäler neben der herausgehobten Darstellung der russischen Arbeiterverhältnisse ihre Verdienste um die europäische sozialistische revolutionäre Bewegung rühmen, so gilt auch hier das Wort: Poteminsche Dörfer!

Kosten der Arbeiter eine Verständigung herbeizuführen.

Die endgültige Entscheidung über das Schicksal der jetzigen Regierung und über ihre Nachfolgerin wird erst zu Ende dieser Woche fallen, da Stresemann wahrscheinlich bis zum äußersten um den Bestand seines Kabinetts kämpfen wird. Sollte sein Rücktritt erfolgen, was wahrscheinlich ist, so ist mit der Bildung einer Reichsregierung, also mit Einschluß der Deutschnationalen zu rechnen. Das Zentrum dürfte sich offiziell daran beteiligen, die Demokraten würden eine Beteiligung zwar ablehnen, aber eine künftige Reichsregierung doch dulden, so daß dann die parlamentarische Grundlage gesichert erschiene. Es wird sich bald erweisen müssen, ob die Deutschnationalen und ihre Gesinnungsgenossen imstande seien, die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, an denen die bisherigen Regierungen gescheitert sind, zu meistern. Besonders in der Frage der Verständigung über die Reparationen kann es dann für die Bourgeoisie kein Ausweichen mehr geben. Sie wird entweder zahlen oder sich offen mit der Verantwortung belasten müssen, den Untergang Deutschlands verschuldet zu haben. Für die Arbeiterklasse bedeutet eine Rechtsregierung im Augenblicke die Möglichkeit einer klaren Stellungnahme und dies dürfte wesentlich zur Widerherstellung der Arbeiterbewegung beitragen.

Stresemann sein volles Vertrauen aus, gibt der Auffassung Ausdruck, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Änderung in der Führung völlig ausgeschlossen ist und sich in der Zusammenfassung der das Kabinett stützenden Parteien unter Führung des Reichstagspräsidenten die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit sieht, solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustande zu bringen.

andere lagen. Während in Rußland das Bürgertum nur in kärglichen Ansätzen vorhanden war, und es den Bolschewisten gelang, durch Befriedigung des Landbauers der armen Bauern, die Massen des Landvolkes zur Unterstützung des Sowjetregimes — von dem sie übrigens in ihrer dörflichen Abgeschlossenheit nicht viel wahrnahmen — zu bestimmen, ist in den westlichen Ländern Europas ein selbstbewusstes, kräftiges Bürger- und Bauertum. Hier mußte die Lehre, daß eine proletarische Minderheit in ihrer Staatsmacht an sich zu reißen, verlangen. Die ewigen Revolutionen- und Generalsstreikparolen der Kommunisten steigerten nur die Widerstandskraft der Bourgeoisie und zeitigte den Faschismus, dem es gelungen ist, wichtige Stellen zu erobern, in manchen Ländern sogar die Arbeiterbewegung vollständig niederzutreten. Der Bolschewismus überjah, daß in Westeuropa nur eine einige und geschlossene Arbeiterklasse die proletarische Revolution durchführen kann und muß, nun seine Spaltungsbestrebungen damit bezahlen, daß ihm die geschwächte und zerrissene Arbeiterbewegung nicht mithelfen konnte, den proletarischen Charakter der russischen Revolution aufrechtzuerhalten, wie es hätte geschehen können, wenn die Einheitsfront und damit die Kraft der sozialistischen Bewegung erhalten geblieben wäre. Auch wenn das Los der russischen Arbeiter ein besseres wäre als es ist, das Schuldkonto des Bolschewismus an dem der ganzen Arbeiterklasse Europas zugefügten Schaden, wäre darum nicht kleiner. Wenn daher die kommunistischen Mäler neben der herausgehobten Darstellung der russischen Arbeiterverhältnisse ihre Verdienste um die europäische sozialistische revolutionäre Bewegung rühmen, so gilt auch hier das Wort: Poteminsche Dörfer!

Stresemann warnt vor der Diktatur.

Die Auslieferung des Kronprinzen wird abgelehnt werden.

Berlin, 18. Nov. In der heutigen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei sprach der Reichstagspräsident über die politische Lage. Zur Aufgabe des passiven Widerstandes stellte er zwei Ziele fest: Nachmittels, um die Bedingungen durchzusetzen, gab es nicht und, je schwerer die Ausgaben auf unseren Finanzen lasteten, um so mehr mühten wir uns entschließen, den Widerstand auch ohne Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben. Die diplomatische Entwicklung, auch wenn sie sich erst in späteren Jahren auswirken könne, gebe jedoch wohl kein Recht, von einem außenpolitischen Mißerfolg zu sprechen. Alle Maßnahmen politischer oder diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, daß in dem zielbewußten Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Mächte, in der Trennung Italiens von seinem Nachbarn und in dem Abschwächen Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher. Er, Stresemann, wolle gar nicht behaupten, daß die Wirkung dieser Politik für uns zunächst unter allen Umständen glücklich sein werde. Die Bedeutung der Entwicklung liege für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen Geschichtsabschnitt einleite. Diese Bedeutung bleibe bestehen, selbst wenn die nächste Folge in weiteren Gewalttaten Frankreichs besteht. Zur Kabinetsfrage sagte der Kanzler, das gegenwärtige Kabinett müsse sich die Mehrheit sichern, und, wenn es die Mehrheit nicht findet, so werde die Frage akut werden: Soll nun der Reichstag aufgelöst werden oder soll das Direktorium kommen, das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt? Vor diesem zweiten Wege warne er. Mäme die Diktatur, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwächst, nicht mehr tragen können. Zur Rückkehr des Kronprinzen bemerkt Redner unter stürmischem Beifall: Man wird uns voraussichtlich die Forderung stellen können, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen. Wir stehen in Unterhandlungen über ausländische Kredite, die nur dann zum Erfolg führen können, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freibält. Für die Mehrleistungen und die Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen.

Eine Krise der bairischen Regierung.

Berlin, 19. November. Die „Zeit“ erzählt aus München von gut unterrichteter Seite, daß Ministerpräsident von Knilling am Freitag dem Abgeordneten Siehl der Deutschen Volkspartei auf das bestimmteste seinen sowie den Rücktritt des gesamten Staatsministeriums binnen kurzer Zeit in Aussicht gestellt hat. Das Eigenartige der Situation bestehe darin, daß der Generalkonsul von Knilling die militärische Gewalt fest in der Hand habe und die bayerische Regierung zur Entschlossenheit verurteilt. Auch der Fraktionsführer der bayerischen Volkspartei im Landtage Abgeordneter Siehl hat die Absicht geäußert, im Falle des Rücktritts Knillings den Vorstoß niederzulegen. Der extrem föderalistisch eingestellte Flügel der bayerischen Volkspartei schein einen Ausweg aus der Lage dadurch zu suchen, daß er Knilling das Amt des Ministerpräsidenten anbieten will, um die Gewalt wieder mit der dem Landtage verantwortlichen Regierung zu verknüpfen.

Der französische General verbietet Arbeiterentlassungen.

Düsseldorf, 18. November. (Havas.) General Doyonnet verbot gänzliche und auch teilweise Entlassungen von Beamten und Arbeitern aus Betrieben, die mehr als 500 Arbeiter beschäftigen. Die Arbeitgeber, die diesem Verbot zuwiderhandeln, würden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafen bis zu 100.000 Goldmark bestraft.

Freitag Verhör der Deutschen in Paris.

Paris, 19. November. Ihrem Ersuchen vom 24. Oktober gemäß, werden die deutschen Delegierten nächsten Freitag, den 23. November, von der Reparationskommission über die finanzielle Lage des Reiches gehört werden.

Militärkontrolle und Kronprinzenaffäre.

Die Botschafterkonferenz — verlag.

Paris, 19. November (Havas). Die Botschafterkonferenz beschloß ihre Verhandlungen um 13 Uhr 30 und gelangte zu einem prinzipiellen Beschluß über die interalliierte Kontrolle, der den interessierten Regierungen zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Die französische Delegation legt zwei Resolutionsentwürfe betreffend die Erneuerung der Militärkontrolle und betreffend die Rückkehr des Kronprinzen dar. Die übrigen alliierten Delegationen seyen die Standpunkte ihrer Regierungen auseinandersetzt. Noch längerem Meinungsaustausch einigte sich die Konferenz auf den Entwurf des vermittelnden Textes, der der französischen und der englischen Regierung zur Ratifikation unterbreitet werden wird. Die Konferenz tritt um 18 Uhr wieder zusammen.

Der Vertreter Englands „verhindert“.

Paris, 19. November. Um halb 7 Uhr wird halbamtlich gemeldet: Die Botschafterkonferenz, welche um 6 Uhr abends stattfinden sollte, wurde auf morgen verlag, da der britische Botschafter verhindert war, sich einzufinden. Die übrigen Mitglieder, darunter Marshall Koch, waren zugegen.

Ministerrat in Paris.

Paris, 19. November. Um 14.30 Uhr trat der Ministerrat unter Vorsitz Poincarés im

Elisee zusammen. Es waren alle Minister und Unterstaatssekretäre zugegen. Um 16 Uhr erschien der Vertreter Frankreichs in der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, im Elisee. Der Ministerrat dauerte bis 16.30. Es wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: „Der Ministerpräsident erklärte dem Ministerrat Bericht über die Verhandlungen der Botschafterkonferenz. Die Regierung hat einstimmig den vom Ministerpräsidenten dargelegten Standpunkt gebilligt.“

Auch die Pariser Börse ist aufgeregt.

Paris, 19. November. Die Ungewißheit, die bis in die Mittagsstunden der internationalen Lage den Stempel aufgedrückt hatte, spiegelte sich auf der heutigen Börse in dem Nachlassen des Geschäftes wider. Die Börse nahm eine abwartende Haltung ein. Mittags verbreiteten sich die ersten Gerüchte über eine eingeengte Entspannung der Lage. Das englische Pfund gab nach, was in den Börsenkreisen als eine Bestätigung der günstigen Wendung gedeutet wurde.

England tut nicht mit.

Paris, 19. November. (Havas.) Dem „Petit Parisien“ zufolge hat der englische Botschafter in Paris, Lord Curzon, gestern abends dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz Jules Cambon bekanntgegeben, daß die englische Regierung an ihrem Standpunkt festhält und sich insbesondere in der Frage der Sanktionen Frankreich nicht anschließen könnte.

worüber keine Entscheidung ohne vorheriges Einvernehmen zwischen Frankreich und England getroffen werden könnte.

„Daily Express“ schreibt, Poincaré habe in seiner Rede zum erstenmal erwähnt, daß Frankreich beabsichtigt, für immer im Ruhrgebiet zu bleiben. Hüber habe Poincaré dies erklärt, daß das Ruhrgebiet im Verhältnis zu dem von Deutschland geleisteten Reparationen allmählich geräumt werden würde; man aber die Räumung unbestimmt bis zu dem Tage zu verschieben, wo Frankreich sich gegen Angriffe gefühlt glaube, sei offensichtlich gleichbedeutend mit einer Besetzung für immer. Poincarés Erklärung vernehme die Schwierigkeit innerhalb der Entente. Die britische Regierung werde sich einer derartigen Politik widersetzen und der britische Botschafter in Paris sei angewiesen worden, auf der heutigen Botschafterkonferenz jedem Vorschlag, weitere deutsche Gebiete zu besetzen, energisch entgegenzutreten.

Lloyd Georges gegen Poincaré und Joh.

London, 18. November. Lloyd George sagte in einer Wahlrede in Northampton, die Regierung treibe die Länder in den Ruin hinein. Die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit sei die Verarmung der Abnehmer Englands infolge des großen Krieges, und nicht nur der Abnehmer Englands, sondern auch der Kunden der Abnehmer Englands. England verkaufe in Europa für 60 Millionen Pfund Sterling weniger als vor dem Kriege. Europa könne nichts kaufen, Europa verhungere. Das erste, was getan werden müßte, sei, Europa in Ordnung zu bringen, die europäischen Industrien und den Reichtum Europas wieder aufzubauen; dann würden die Völker Europas von England kaufen. Unter lebhaftem Beifall erklärte Lloyd George weiter, was notwendig sei, sei nicht Schutz gegen französische Fabriken, sondern gegen die französischen Militäristen. Poincaré habe vorgestern eine Rede gehalten, die die Entente zu beenden drohe. Auch die frühere Regierung habe mit Poincaré zu tun gehabt, aber er glaube, sie würde sich zu einer Regelung durchgearbeitet haben. Sie habe die Alliierten zusammengehalten, bis die Apokalypse der Ruhe kamen und dann die Lage beklagenswert geworden sei. Die Gelegenheit für eine Regelung sei verloren oder verdrorben worden. Was habe man mit dem Angebot Americas, mitzuwirken, getan? Es habe alles für die Regelung Europas bedeutet, America Seite an Seite mit England zu haben, um Europa eine vernünftige Regelung auszuverlangen, sie hätte Frieden machen und der Handel hätte wiederhergestellt werden können. Die Regierung habe dies verdrorben und schließlich aufgegeben. Solange diese Leute am Ruder lägen, sei Großbritannien im Rate Europas ohne Belang. Dies sei entmutigend. Die Liberalen seien allein dazu ausgerüstet, die Lage zu behandeln.

Eingang der Reparationen vonseiten Deutschlands, habe in hochstehenden offiziellen Kreisen große Bestimmung hervorgerufen. Offizielle Persönlichkeiten versichern, der französische Ministerpräsident lenne genau die Haltung der amerikanischen Regierung in der Schuldenfrage. Von Regierungsseite wurde geäußert, daß die Frage der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten nichts mit den von Deutschland zu zahlenden Reparationen zu tun habe. Als die französische Regierung die Schuld bei der amerikanischen Regierung aufgenommen habe, sei eine derartige Vereinbarung nicht getroffen worden, vielmehr handele es sich um eine einfache Transaktion, bei der die Vereinigten Staaten Geld vergaben und die französische Regierung sich verpflichtete, dieses Geld zurückzuzahlen. Diese Rückzahlung von Reparationen abhängig zu machen, sehr nach einer Ablehnung der Schuld aus und in den Regierungskreisen sei man der Ansicht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten es auf etwas Derartiges nicht ankommen lassen werde. Das amerikanische Volk werde allerdings kaum ein harterziger Gläubiger sein und einer angemessenen Regelung der Schuldentilgung gerne zustimmen.

Beschärfte Opposition gegen die Sempel-Regierung.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragen eine zehn-Milliarden-Unterstützung für das notleidende Deutschland.

Wien, 19. November. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Abgeordnetenvorstand trat heute zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und beschloß für die Stelle des zweiten Präsidiums den Genossen Eldersch vorzuschlagen.

Auf Grund einer politischen Debatte beschloß der Verband, im Hinblick auf die gesamte Haltung der Regierung, insbesondere aber im Hinblick auf die Verwaltschaftstätigkeit der Minister Schmis und Raugoin, ferner im Hinblick darauf, daß in der letzten Zeit eine größere Anzahl sozialdemokratischer Bundesangehörige wegen ihrer politischen Überzeugung gemahrgelagt wurde, die Opposition in verschärfter Form fortzuführen. Der Verband beschloß sodann in der morgigen Sitzung den Antrag einzubringen, aus Bundesmitteln den Betrag von zehn Milliarden Kronen für das notleidende Deutschland zu bewilligen.

Die Sitzung beschäftigte sich sodann mit Arbeitslosen- und Sozialversicherungsfragen. Schließlich wurde beschlossen, die Durchführung einer parlamentarischen Aktion wegen der heutigen Vorlesungen auf den Wiener und Grazer Hochschulen, von dem Verhalten und den Maßnahmen, die von den Regierungstellen unverzüglich erwartet werden, abhängig zu machen.

Österreich wird Republik.

Wien, 19. November. Den Blättern zufolge haben sich die Regierung, die revolutionären Organisationen und die Mehrheit der veni elistischen Partei für die Republik erklärt. Die Wahlen sollen unter dem Stichwort „Republik oder Monarchie“ stattfinden. Die Volksabstimmung nach den Wahlen wird nur eine einfache Bestätigung der Wahlen darstellen.

Dauernde Okkupation des Ruhrgebietes?

Die letzte Rede Poincarés.

Paris, 18. November. (Havas.) In seiner ausführlich der Einholung des Dentmals für gefallene Soldaten in Neuilly gehaltenen Rede erklärte Poincaré, wenn Frankreich die einfache Erfüllung der Verträge fordere, tue es dies deshalb, weil ihm die peinliche Erfüllung des gegebenen Wortes stets als Grundlage der Loyalität galt und auch deshalb, weil der Stempel der Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly (bis auf Sevres, welchen Vertrag allerdings die Türkei wie einen Regen Papier behandelte. D. Med.) ein einziges Gebilde darstelle, welches nicht an einer Stelle erschüttert werden dürfe, ohne überall erschüttert zu werden. Zudem wie unsere Rechte verteidigen, hätten wir auch die Rechte unserer Verbündeten, der Tschechoslowakei, Polens, Rumaniens und Jugoslawiens aufrecht. Die Rechtsordnung der Welt steht auf dem Spiele und wir wollen ihre Hüter bleiben. Die Ruhrmagnaten wollten die Lasten der Reparation auf die Schultern der Arbeiterschaft überwälzen, wir haben es aber abgelehnt, diese eigenartigen Kombinationen zu unterstützen. Unsere Methode ist gut, das beweist die Wirksamkeit und wir sind sicher im Recht. Wir werden auf unserem Wege für den Frieden fortfahren, ohne Besorgnisse und ohne Zurückgabe. Deutschland wollte durch Ausschüßung die Aktion der interalliierten Kommission

lahnlegen, es bemühte sich im Geheimen, die verbotenen Militärformationen wieder aufzurichten und bewilligte auch die Rückkehr des Kronprinzen, welcher im Besitz der Kriegsschulden an der Spitze steht. Dies sind starke Voraussetzungen der Verbündeten, freche Verletzungen des Vertrages und Attentate auf den Frieden. Es drängen sich direkt Sanktionen in den Sinn. Wir werden zu ihnen greifen, wenn wir keine Genehmigung erhalten und sind entschlossen, das besetzte Gebiet nicht zu räumen, solange alle unterzeichneten Artikel des Vertrages von Versailles nicht voll erfüllt werden und solange wir vor neuen Angriffsmöglichkeiten nicht gut geschützt sein werden.

Nach 24stündiger Redenkrist.

Paris, 19. November. (Havas.) Gegenüber der Interpretation der Worte in der gestern von Poincaré gehaltenen Rede in Neuilly „außerdem sind wir entschlossen, das auf Grund des Versailler Vertrages besetzte Gebiet nicht zu räumen, solange nicht alle Artikel des in Versailles unterschriebenen Vertrages vollkommen durchgeführt sind“ wird konstatiert, daß diese Worte das auf dem Linke n Rheinufer besetzte Gebiet sowie die Bründensöpfe betraf. Es ist natürlich, daß sie sich nicht auf das Ruhrgebiet beziehen,

Die Spannung zwischen Frankreich und Amerika.

Paris, 19. November. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington, die Erklärung Poincarés, die Bezahlung der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten sei bedingt durch den

Das Volk ohne Sprache.

Von Felix Dillingner (Berlin).

Die Seele eines Volkes ist seine Sprache. Die Sprache ist der ionend geworden Ausdruck einer Gemeinschaft, einer Gruppe, einer Weltanschauung, einer Klasse, eines Jahrhunderts. Die Sprache ist heute ein Vergeßenes, aber zu seinen Vorzeiten vielleicht recht geschickten Dichters, so weiß der stillkundige Leser nach wenigen Sätzen, in welches Zeitalter der Autor gehört. Es ist eben gar nicht möglich, daß sich ein Einzelner aus der Sprachgemeinschaft entfernen kann. Ein großes Werk hebt zwar aus der Sprache neue Klänge und Bindungen hervor, aber auch ein Vagabund, ein Wocher, sind durch ihre Sprache mit ihrem Zeitalter verbunden, obwohl sie erst ihrem Zeitalter seine Sprache gegeben haben. Ja, man kann sagen, daß nicht nur jedes Zeitalter seine Sprache, sondern auch seine Sprachschönheit hat, mit Ausnahme vielleicht des unfizigen.

Auch heute leben einige starke Sprachschöpferische Persönlichkeiten. Aber es sind ihrer nur wenige. Und diese wenigen, ein Hauptmann, ein Stephan George, bis zu einem gewissen Grade Hermann Steg, stehen mit ihrer Sprachschöpfung nicht in, sondern jenseits ihrer Zeit. Die Zeit selbst spricht ihre eigene Sprache. Welche?

Die Sprache des neuen Deutschland, des Deutschland seit 1870, ist die Sprache der preussischen Verordnung. Diese Sprache ist fürchtbar, sie ist kaum eine Sprache zu nennen. Und trotzdem hat sie das ganze Volk verführt und ihm kein Edeltes genommen. Preußen hat dem deutschen Volke viel genommen. Doch es ihm auch seine Sprache genommen hat, wollen wir ihm nicht verzeihen.

In einem alten Heft der „Fackel“ fand ich einen Aufsatz von Wilhelm Viehbeck, in dem er sich sehr darüber mokiert, daß die preussische Verordnung dem deutschen Volk an Stelle eines Offenbarungswortes ein Wort aufgeschwungen hat. Daß das Wort Anteil einem Menschen mit Sprachgefühl nicht von der Zunge will, hatte ich schon vorher an meiner eigenen gespürt. Doch

das Wort neues Preussisch ist, hätte ich mir dann jagen können. Nun weiß ich es.

Das Wort Anteil ist wohl so entstanden, wie die meisten amtlich eingeführten neuen Wörter entstanden sein mögen. Der Geheimen Regierungsrat ist deutschnational und beschließt, das Wort Teilchen abzuschaffen. Er laut eine Stunde an seinem Federstift und schenkt dann der Welt die Uebersetzung in Fernsprecher. Selbst in Deutschland gibt es wohl nur eine ganz geringe Zahl Menschen, irgendwelche deutschnationale Streber die bei gefunden Sinnen dieses Wort gebrauchen. Aber das macht nichts. Das Wort ist nicht zum Sprechen, sondern zum Schreiben da. Infolgedessen gibt jeder auf seinem Briefpapier seine Fernsprechnummer an, die Post richtet ein Fernsprechrechnungsamt ein, und jedes Zigarrengeschäft annonciert auf seiner Ladung für seinen Fernsprecher. So wird das Wort Fernsprecher millionenmal in Deutschland gedruckt und geschrieben, ohne daß sich mit Ausnahme einiger Dilletanten irgendjemand erkundigen könnte, es in den Mund zu nehmen. Die preussische Verordnung hat ein Wort geschaffen und wagt es seit zwanzig Jahren dem deutschen Volke auf. Ohne Erfolg. Niemand ruft den anderen an einen Fernsprecher, sondern aus Telefon. Niemand klagt über die hohen Fernsprechnpreise sondern über die Telefonkosten. Es gibt Wörter, die selbst das veräffelte Sprachgebiet des Volkes einfach abtöten. Das Wort Fernsprecher gehört dazu. Aber die preussische Verordnungsvorgabe reicht nur aus Worten und Sätzen dieser Art. Und diese Sprache hat gewirkt. Verberend. Eine Zeit sprachtreuer Neubildungen wagt sich der deutschen Doffentlichkeit aus allen Zeitungen und Vorträgen auf. Gegen diese Uebermacht war nicht aufzukommen. Je preussischer das Volk wurde, um so schwächer war sein Widerstand. In den letzten zehn Jahren hat es fast ganz zu sprechen verlernt.

Bei den deutschen Vätern hängt — wie an so viel anderen Stellen des deutschen Lebens — ein Verbot. Unter Verurteilung auf irgend einen Paragraphen wird verboten, „Wachworte zu gebrauchen“. Wachworte ist auch ein so fürchterliches

Verordnungsdeutsch. Man kauft zwar noch immer Brot und Semmel, als aber neulich ein Kunde verschiedene Stücke berührte, ohne sie zu kaufen, herrschte ihn die Verkäuferin aufgebracht an: „Bitte berühren Sie die Wachworte nicht!“ Das Badermädchen sprach sonstigen amtlich aus voller Brust, vermaß, daß sie Semmel, Kuchen und Brot verkaufte und nannte alles zusammen im Verordnungsdeutsch: Wachworte. Es ist fürchterlich. Aber so sprechen sie alle.

Als Deutschland 1918 seine Waffenstillhandlung an Wilson richtete, wurde ein deutscher Dichter beauftragt, sie zu stilisieren. Die Forderung wurde dann von der Regierung des Prinzen von Raden, wie es heißt, einstimmig abgelehnt. Vielleicht war die Fassung wirklich schlecht. Denn das Deutsch unserer Literatordichter entfremdet sich vom wirklichen Deutsch soweit nach links, wie das Verordnungsdeutsch nach rechts. Aber die Formulierung wäre sicher der Welt verständlicher gewesen als ihre leeren Sprachphrasen, hinter denen niemals ein Autor steht, und unter deren nur die Unterdrückung des gerade amtierenden Ministers wechelt.

Selbst das Zeitungsdeutsch, diese kreischende Mischung von Handlungsjargon und Judenteutsch, ist dem Verordnungspreussisch gegenüber wohlklingend und frohbar. Die Berliner Zeitungen haben aber naturgemäß keine Zeit, den ganzen Stoß amtlicher Mitteilungen, den sie dreimal täglich bekommen, umzustülzen. Man liest da t. A. in lokalen Teil, also in dem Teil, deren Sprache Ortsfarbe haben sollte, vom Zusammenhang zweier Fahrpreisangeiger. Wie mir amtlich verändert wurde, heißt es, stiezen zwei Tagometerdoschoten zusammen. An Berliner Straßenschildern findet man über Datenkreuzen und „Dau die Juden“ gemalte Schilder aus besseren Zeiten, auf denen steht: Sechs Fahrpreisangeiger. Ich habe zwar noch nie bei der Polizei gefragt, was das heißt, aber auf Grund langjähriger Beobachtungen habe ich diese Reikhschrift entziffert. Das soll also heißen, daß an dieser Straßenschilder Tagometer stehen dürfen. Amüßend ist auch, daß die Verfasser der amtlichen Polizeiquonil, Ausdrücke, die jeder selbstverständlich an-

wendet, in Gänsefüßchen zitieren. So heißt es öfters in Ausführungszeichen die „Elektrische“. Damit meint die Polizeiquonil: also das, was die Leute in ihrer banalen Weise löcher Elektrische nennen, womit der „Triebwagen“ gemeint ist. Tatsächlich melden denn auch die Zeitungen, daß der Fahrer eines Triebwagens verletzt wurde, als vor ihm eine Kraftdroschke mit einem Fahrpreisangeiger zusammenstieß. Zimmerlein sind einige Zeitungen schon so weit vorgeschritten, daß sie von einem Autogusammenstoß schreiben. Die judenreine Presse macht so etwas natürlich nicht mit.

Ein einziges Mal hat das Verordnungsdeutsch wirklich sprachreichernd gewirkt. Seitdem man am Telefon (d. h. Fernsprecher) statt zwei „zwo“ sagen soll, ist die Form zwo in Deutschland wieder populär geworden. Der Grund ist ganz einfach. Zwo ist die ältere Form, die Jahrhunderte lang im Gebrauch war und dem Sprachgefühl nicht verloren ging. Die Junge sträubt sich nicht gegen das neue Wort. Es liegt uns noch im Mute.

Die anderen ungezügten Neubildungen der Verordnungsprache bleiben Papier. Es gibt zwar einige Menschen, die statt Adresse „Anschrist“ sagen, da ich aber den Verkehr mit ihnen abgebrochen habe, weiß ich nicht, ob sie es noch tun. Wenn sie wieder Adresse sagen, können sie sich bei mir melden. Anschrist bedeutet etwas ganz anderes als Adresse und kann daher auch niemals statt Adresse gebraucht werden. So schauerliche Worte wie Belange und Vereinigung sind den Deutschen aller Stämme bereits gemein geworden.

Die deutsche Sprache ist dem deutschen Volk verloren gegangen, als sie sich eine Pisselhaut aufsetzen ließ, unter deren harten Druck nicht nur seine Denkfähigkeit, sondern auch seine Denkfähigkeit schwerer gelitten hat. Das deutsche Volk braucht nur wieder selbständig zu denken und es wird auch seine eigene Sprache wieder haben. Nichts findet sich so leicht wie das gute Wort. Es braucht nur ein guter Gedanke da zu sein, der Wort zu werden willens ist. Dann schafft sich der Mensch seine Sprache!

Inland.

Das Programm der Budgetberatung im Plenum des Abgeordnetenhauses.

Der Bericht des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses über den ordentlichen Staatshaushalt für das Jahr 1924 wird in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses im Druck verteilt werden.

Vor der Hausung findet heute eine Konferenz des Präsidiums des Abgeordnetenhauses statt, in der über die Abwicklung der Budgetberatung verhandelt wird. Die Beratung soll am Mittwoch, den 21. November um elf Uhr vormittags beginnen und bis einschließlich 5. Dezember dauern. Es besteht die Absicht, täglich Sitzungen abzuhalten, die von zehn Uhr vormittags bis sechs Uhr abends dauern sollen, ausgenommen die Samstage vom 24. November und 1. Dezember, wo nur fünfstündige Sitzungen gehalten werden und zwar von zehn Uhr vormittags bis drei Uhr nachmittags, und die Montage vom 26. November und 3. Dezember, da die Sitzungen erst um ein Uhr mittags beginnen. Es wird zuerst die Generaldebatte abgelehrt und dann in die Behandlung der einzelnen Kapitelgruppen eingegangen. Die Redezeit dürfte so wie voriges Jahr bemessen werden. Die Abstimmung ist für Mittwoch, den 5. Dezember vorgesehen, worauf das Budget dem Senate zugehen wird, dessen Plenum zu einer Sitzung einberufen werden wird, die es wiederum dem Senatsausschusse zuweisen wird. Während der Zeit, da der Senat sich mit dem Staatshaushalt beschäftigt wird, wird das Abgeordnetenhauseine Reihe terminierter Vorlagen erledigen. Diese Woche soll auch im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses, dem Versprechen des Ministers Habrman gemäß, die Beratung der Sozialversicherungsvorlage beginnen.

Eine Kundgebung der tschechischen Sozialdemokratie.

Samstag abends fand in Pilsen eine Vollversammlung der tschechischsozialdemokratischen Vertrauensleute statt, in der Abgeordneter Pilsk referierte. Am Schlusse seines Berichtes über die Lage in der Koalition beantragte Pilsk eine Entschliessung in der erklärt wird, die Arbeiterschaft trage es schwer, daß bisher keine Verbilligung der Lebensbedarfsartikel eingetreten ist, obwohl die Löhne reduziert werden. Im Gegenteil; die Preise einiger Artikel sind im Steigen begriffen. Es wird daher gefordert, daß die Regierung energisch in die Preispolitik eingreift und durch ihre Organe den Wucher streng verfolgt. Angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland wird erklärt, daß die tschechischen Sozialdemokraten in der vordersten Front des Kampfes gegen die Weltreaktion stehen werden und diese Reaktion auch in der Republik bekämpfen werden. Der ständige Hinweis der tschechischbürgerlichen Parteien auf die Muster der bürgerlichen Diktatur in Italien, Spanien und so weiter zeigt, daß auch die tschechische Bourgeoisie in ihrem Kernreaktionär ist, daß sie sich scheinbar demokratisch gibt, aber tatsächlich ihre Klassenherrschaft anstrebt. Die ständigen Angriffe gegen Masaryk und Benesch und der Kampf gegen die sozialen Einrichtungen im Staate bilden den Beweis für die Ziele, die die Kapitalisten und bourgeois Reaktionen bei uns verfolgen. Die Entschliessung befaßt sich ferner mit dem Verhalten der tschechischen Nationaldemokraten in der Koalition und erklärt, daß es trotz Einschreitens der Pilsner tschechischen Sozialdemokraten in der Zentrale der Koalitionsparteien in Prag zu keiner Besserung gekommen ist. „Deshalb“, so schließt die Kundgebung, erklärt die Konferenz, daß das Maß der Geduld der organisierten Arbeiterschaft in Pilsen bereits ihr Ende gefunden hat. Wenn der tschechisch sozialdemokratischen Partei nach den letzten Angriffen der tschechisch nationaldemokratischen Presse nicht hinreichend Genugtuung wird, wenn die unterirdische Wählerarbeit gegen den Präsidenten der Republik nicht aufhört, und wenn nicht feste Garantien für ein lokales Verhältnis der Koalitionsparteien gegeben werden, dann fordern wir unsere Parteileitung auf, an die Revision ihres Verhältnisses zu den Koalitionsparteien und besonders zu den Nationaldemokraten zu scheitern. Wenn dieser Schritt nicht geschieht, dann fordern wir den Caucusauschuss von Pilsen auf, einen Caucuskongress zur selbstständigen Entscheidung einzuberufen, die der Erregung der Arbeitermassen entsprechen wird.“

Interessant ist, daß das „Pravo Lidu“ diese Kundgebung, die am Samstag abends gehalten wurde, weder Sonntag, noch Montag veröffentlicht hat. Die Kundgebung ist außer der Prager Parteileitung auch sämtlichen Koalitionsparteien zugesandt worden.

Wie Frau Jemin die weiblichen Geschworenen verteidigt. Wegen des Freispruchs des Mörders Dasalow durch ein Geschworenengericht, das zum großen Teile aus Frauen zusammengesetzt war, machten tschechische Blätter Stimmung gegen die Institution der Geschworenengerichte überhaupt und gegen die Zulassung der Frauen zu diesem Amte insbesondere. Unter jenen Blättern, die gegen die Geschworenengerichte zu Felde zogen, befand sich auch das „Ceľe Slovo“. Nun nimmt in eben demselben Blatte Frau Abg. Jemin die weiblichen Geschworenen in Schutz und meint, dies am besten durch einen Appell an die nationallistischen Instinkte zu tun. Sie sagt, daß im Prozeß Nikolow „als Obmannin der Geschworenen eine Frau fungierte, die seit mehr als 10 Jahren im öffentlichen Leben tätig sei. Frau Anžl-Rorols, die von Juristen und Jour-

Neue Studententravalle in Wien und Graz.

Deutschnationale überfallen den Genossen Professor Landler.

Wien, 19. November. (Eigenbericht.) Sowohl vormittags als auch nachmittags kam es heute auf der Wiener Universität zu großen Exzessen der deutschnationalen Studenten, die sich diesmal vornehmlich gegen die sozialdemokratischen Hochschullehrer richteten. Die Studenten drangen in die Lehrsäle ein und beschimpften die Vortragenden. Am empörendsten war aber ihr Verhalten am Nachmittag. Da der Rektor alle Vorlesungen für nachmittags abgesagt hatte, drangen die nationallistischen Jünglinge in das Anatomische Institut, wo in seinem Studierzimmer Professor Dr. Landler mit seinen Assistenten und einigen Studenten arbeitete. Die Eindringlinge beschimpften und bedrohten den arbeitenden Gelehrten, dessen Namen einen internationalen Klang hat. Nur mit großer Mühe gelang es, die verrohten Duben von Tischnischen abzuholen. Wie später bei der Postzeit festgestellt wurde, beteiligten sich an den Exzessen nicht ausschließlich Hörer der Universität, sondern auch Studenten der Hochschule für Bodenkultur und der Technik.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Studentenschaft erschienen abends beim Rektor und beschwerten sich darüber, daß die persönliche Sicherheit der nichtnationalistischen Studenten auf akademischem Boden nicht geschützt sei. Sie verlangten, daß die ihren Studien nachgehenden Hörer ungehindert die Vorlesungen besuchen können. Eine dauernde Universitätsperre lehnten die sozialistischen Vertreter als nicht genügende Maßnahme ab.

Auch in Graz ereigneten sich heute arge Studentenaufläufe. Die Deutschnationalen hatten beschloffen, die jüdischen Hörer von der Universität und Technik zu vertreiben. Mit Knütteln und Stöcken bewaffnet, besetzten sie die beiden Hochschulen, überfielen die vermutlichen jüdischen Hörer, jagten ihnen in den Straßen nach und verprügelten dort auch Pfaffen, die über das lausbüßliche Treiben der Studenten lernt sich eine Kritik erlaubten. Abends führten die Deutschnationalen ein Kaffeehaus und provozierten Schlägereien, die solche Formen annahmen, daß veritabile Polizei einschreiten mußte. Die Tumulte dauern in den Abendstunden noch an.

Ausland.

Beschuldigungen gegen Zeigner.

Die reichsdeutsche bürgerliche Presse erhob in den letzten Tagen gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner die unehrenhafte Beschuldigung, daß er, vor seiner Uebernahme der Ministerpräsidentschaft, als sächsischer Justizminister Leute, die rechtskräftig zur Freiheitsstrafe verurteilt waren, gegen Bestechungsgelder und Bestechungsgelände begnadigte. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ behaupten, daß er sich für die Begnadigungsfälle zum Beispiel mit Lebensmitteln, einem Brillantkollier für seine Frau und einem Pelz hat bezahlen lassen und die Geschenke in seiner Wohnung oder auf der Straße oder im Café in Empfang nahm. Ja, er soll selbst seine Mitarbeiter veranlaßt haben, an Verurteilte wegen der Höhe der Bestechungssumme im Falle einer Begnadigung heranzutreten. Das Blatt berichtet auch, daß die Strafanwaltschaft Leipzig gegen Zeigner ein Verfahren wegen Verdacht der Bestechlichkeit im Sinne des Paragraphen 332 des Strafgesetzbuches eingeleitet hat.

Wie der Berliner „Vorwärts“ meldet, hat der sächsische Justizminister, Genosse Neu, die Anordnung getroffen, den Fall ohne Ansehen der Person zu verfolgen und die Landratsstellen hat Dr. Zeigner aufgefodert, sein Mandat niederzulegen und sich so des Schutzes der Immunität zu begeben.

Dr. Zeigner, der sich eben auf der Rückreise von seinem Urlaub nach Dresden befindet, veröffentlicht in der „Deutscher Volkszeitung“ folgende Erklärung: „Die bürgerliche Presse bringt Mitteilungen über ein gegen mich schwedisches Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren wurde ich Rede- und Antwort stehen und es wird sich ergeben, daß alle Mitteilungen bössartige Entstellungen oder politische Tendenzbehauptungen sind. Ich habe nie für amtliche Handlungen geldliche oder geldwertentwertende Entlohnungen erhalten. Dr. Zeigner.“ Das von der bürgerlichen Presse veröffentlichte Material stammt von einem Leipziger Advokaten namens Möbius, der sich wegen Verdacht des Bestechungsverzuges derzeit in Leipzig in Untersuchungshaft befindet und der sich seinerzeit mit Begnadigungsgeländen befaßt hat. Auf Grund dieses Materials hat ein deutschnationaler Rechtsanwalt in Leipzig die Anklage gegen Genossen Zeigner erhoben. Diese Tatsachen allein beweisen, daß die Beschuldigungen, die gegen Zeigner erhoben werden, auf sehr zweifelhafter Grundlage stehen. Erst das öffentliche Gerichtsverfahren aber wird ein entscheidendes Urteil darüber gestatten, ob es sich hier um ungerechte Verdächtigungen handelt.

Der Bankbeamtenstreit in Wien.

Wien, 19. November. Die seit Samstag im Streit befindlichen Privatbankbeamten haben heute einen Demonstrationstzug zur Börse veranstaltet, wo der Bankverband zu einer Sitzung versammelt war. Im geschlossenen Zuge marschierten die Streikenden, etwa 1200 Personen stark, zur Börse. Die Demonstration vollzog sich in Ruhe. Ein Teil der Angestellten der Wiener Privatbanken hat inzwischen eine 60prozentige Erhöhung ihrer Bezüge für Ledige und eine 75prozentige Erhöhung für Verheiratete erhalten.

Studentenschaft erschienen abends beim Rektor und beschwerten sich darüber, daß die persönliche Sicherheit der nichtnationalistischen Studenten auf akademischem Boden nicht geschützt sei. Sie verlangten, daß die ihren Studien nachgehenden Hörer ungehindert die Vorlesungen besuchen können. Eine dauernde Universitätsperre lehnten die sozialistischen Vertreter als nicht genügende Maßnahme ab.

Auch in Graz ereigneten sich heute arge Studentenaufläufe. Die Deutschnationalen hatten beschloffen, die jüdischen Hörer von der Universität und Technik zu vertreiben. Mit Knütteln und Stöcken bewaffnet, besetzten sie die beiden Hochschulen, überfielen die vermutlichen jüdischen Hörer, jagten ihnen in den Straßen nach und verprügelten dort auch Pfaffen, die über das lausbüßliche Treiben der Studenten lernt sich eine Kritik erlaubten. Abends führten die Deutschnationalen ein Kaffeehaus und provozierten Schlägereien, die solche Formen annahmen, daß veritabile Polizei einschreiten mußte. Die Tumulte dauern in den Abendstunden noch an.

Tages-Neuigkeiten.

Not.

All euer altrendes Herzeleid tut lange nicht so weh, wie Winterkälte im dünnen Kleid, Die bloßen Füße im Schnee. All eure romantische Seelennot schafft nicht so herbe Pein, Wie ohne Dach und ohne Brot sich beiten auf einen Stein.

Christen.

Mißbrauch der Ziviltreuung. Ein Genosse berichtet uns aus Teplich Schönan: Schon seit langem ist zu bemerken, daß bei der hiesigen politischen Bezirksverwaltung ganz sonderbare Auffassungen über Rolle und Pflichten jener Beamten vorzuherrschen scheinen, die die Ziviltreuung vornehmen. Herr Bezirkshauptmann Göh läßt fast keine solche Anweisung vorübergehen, ohne in längerer oder kürzerer Ansprache an das Braupaar und an die Hochzeitsgäste auf den „gütigen Vater droben“, auf die „Fügungen der Himmel“, auf den „gerechten Gott, in dessen Hand wir alle stehen“, nachdrücklich und wiederholt hinzuweisen. Kein Pfaffe könnte bei seiner Traurede mehr für den Geist der Gerechtigkeit und Frömmigkeit plädieren, als es dieser politische Beamte tut, dessen Pflicht und Aufgabe doch bloß darin besteht, die Eheschließung zu erklären und den Brautleuten die notwendige Rechtsbelehrung zu erteilen. Statt dessen wieder aber Herr Bezirkshauptmann Göh kirchliche Agitation ohne Rücksicht auf Bekannnis und Meinung der Hochzeiter. Auch Konfessionslose n predigt er eindringlichst das Wort Gottes. — Wir wissen nicht, ob dieser gottesfürchtige und bußfertige Bezirkshauptmann etwa Mitglied der christlichsozialen Partei ist und vielleicht annimmt, daß er auch auf dem sogenannten Standesamt seine kirchlichen Parteianschauungen vertreten müsse. Auf jeden Fall aber finden wir es unerhört, daß dieser Beamte aus dem Saal für Ziviltreuung eine Kirche oder einen Tempel macht, in denen er den fehlenden Pfaffen ersetzt. Wir machen das Ministerium des Innern auf diese Mißbräuche bei der politischen Bezirksverwaltung in Teplich aufmerksam, fordern es auf, für die Beseitigung dieses üblen Zustandes zu sorgen und diesen Dingen auch anderwärts etwas mehr Beachtung zu schenken.

Die christlichsoziale Nächstenliebe zu den Hausgehilfinnen. Der christlichsoziale „Grenzbote“ bringt in seiner Nummer vom 14. November folgende Notiz:

Einstmädchen und Krankenkasse. Im Budgetausschuss erklärte der Präsident des Verwaltungsausschusses, Pantüchel, daß die Hausgehilfinnen nach dem Gesetz der Krankenversicherung nur insoweit unterliegen, als sie in einem Betriebe angestellt sind, aber kein Zweck der übrigen. Sollen auch die Hausgehilfinnen dieser Versicherung unterworfen werden, dann sei es nötig, das Gesetz durch eine Novelle zu ergänzen. — Also abmelden!

Also abmelden! Dies ist der Schlusssatz der Notiz. Also eine offene Aufforderung an die Arbeitgeber, die Hausgehilfinnen abzumelden und sie, wenn sie einmal krank werden, dem bittersten Elend preisgeben. So sieht die christliche Nächstenliebe dieser Gesellschaft aus. Ob sie dies den Hausgehilfinnen auch sagen, wenn sie ihnen hinter verschlossenen Türen vom die Nächstenliebe heischenden Christentum predigen?

Glücksbilder aus Deutschland. Das Augsburger Presseamt veröffentlicht eine Reihe von erschütternden Glücksbildern. Einige Beispiele: Fünf Kinder einer Familie, die zum Teil ohne Hemd und ohne Unterbekleidung angetroffen werden, dient ein einziges Bett, ohne Ueberzug, teilweise verkauft, als Viegeblatt. Eine 64jährige Frau verbringt die Nächte sitzend auf einem Stuhl, ihre pflegebedürftige Tochter liegt auf dem Fußboden, in Lumpen gehüllt. Bei einer siebenköpfigen Familie schlafen die Mutter, ein 17jähriger Sohn und eine 19jährige Tochter in einem Bett zusammen. In einem kellerähnlichen Loch mit

feuchten Wänden haben die Kinder weder Kleidung noch Wäsche. — Die Leute hatten natürlich früher Betten, Wäsche, Kleider. Wohin sind die Sachen gekommen? Eingetauscht — für Erdäpfel. — Aus Regensburg wird berichtet: Die Landesversicherungsanstalt Oberpfalz hat sich infolge ihrer durch die außerordentliche Geldentwertung eingetretenen Notlage gezwungen gesehen, die Heilfürsorge für Geschlechtskrankheiten bis auf weiteres einzustellen und auch ihre Vertreterstelle für Geschlechtskranke zu schließen.

Erschreckende Abnahme der deutschen Bevölkerungszunahme. Ein Rückgang der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung auf die Hälfte ist das Ergebnis der jetzt vorliegenden Berechnung des Geburtenüberschusses und der Sterblichkeit vom ersten Viertel d. J. im Deutschen Reich. Auf das Jahr berechnet, würde er kaum 400.000 ausmachen gegenüber rund 800.000 vor dem Kriege. Berlin hatte im ersten Viertel d. J. sogar einen Ueberfluß der Sterbefälle um 3855. Hamburg hatte nur noch einen geringen Geburtenüberschuß von etwa 450 Personen. Gebiete, wie Oberschlesien, Pommern, Westfalen, Bayern, Oldenburg zeichnen sich früher durch einen verhältnismäßig großen Ueberfluß an Geburten aus. Auch sie weisen einen nicht unerheblichen Rückgang des natürlichen Wachstums der Bevölkerung auf. Der Geburtenüberschuß hatte im ganzen Reich im ersten Viertel 1922 102.065 betragen, im ersten Viertel 1923 nur noch 98.884. Dabei war die Sterblichkeit sogar etwas zurückgegangen, von 18,5 auf 17,3 von je 1000 Einwohnern, während der Geburtenüberschuß von 7,1 auf 6,5 zurückging.

Die Breslauer „Volksmacht“ verboten. Generalleutnant Haffe, Militärbefehlshaber für Pommern-Schlesien, hat unser Breslauer „Volksmacht“, die „Volksmacht“, am 15. November auf die Dauer von drei Tagen verboten. Den Anlaß zu diesem Verbot bildete der Artikel „Gespensterreigen“ in der Beilage der „Volksmacht“ vom 15. November.

Eine Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad. Aus Belgrad wird gemeldet: Die Regierungen der Kleinen Entente haben beschlossen, daß die nächste Konferenz der Außenminister vom 10. bis 12. Jänner in Belgrad stattfinden wird. Polen wird der polnische Gesandte in Belgrad Olenki vertreten. — Die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich werden Ende November in Wien stattfinden.

Der Konfessionspruch im Spiegel der Schweizer Presse. Die maßgebende schweizerische Presse äußert nahezu übereinstimmend ihr Bedauern darüber, daß Conradi und Polman freigesprochen wurden. Verschiedene bürgerliche Blätter sprechen von einem Justizirrtum und von Rechtsbeugung. Die sozialistischen Blätter bezeichnen das Urteil als eine offene Sanktionierung des weißen Terrors. Ein kommunistenorgan fordert die Arbeiterschaft auf, sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den Bürgerlichen zu rüsten. Im allgemeinen nimmt die Presse das Urteil mit Bedauern zur Kenntnis.

Gemeindevahlen in Bulgarien. Die am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in Sofia nahmen einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf. Die Ergebnisse derselben sind folgende: Der demokratische „Izbor“ erhielt 14.969, die kommunistischen Druschbashi 7085, die Radioslawisten 6169, die Genadewisten 2185, die Gewerbetarier 657 und die verschiedenen kleinen Parteien 408 Stimmen. Es wurden also insgesamt 31.473 Stimmen abgegeben; hievon entfielen auf die Opposition 16.504 Stimmen. Die Wahlziffer betrug 3034. Infolge dessen erhielt die Regierungspartei vier Mandate, die Opposition ebenfalls vier u. zw. die Radioslawisten und die kommunistischen Druschbashi je 1. In der Stadt Ruzhitsa erhielten der Izbor 1119, die Radioslawisten 920, die kommunistischen Druschbashi 460 und die Gewerbetarier 200 Stimmen. In der Stadt Piriboy und in 15 Nachbargemeinden erhielt der Izbor 3516, die kommunistischen Druschbashi 1346 und die Radioslawisten 396 Stimmen.

Tödliches Spiel mit dem Leben. Die Veranstaltungen von Schauspielen und Abstrümpfen aus dem Flugzeug mittels Fallschirms sind in den deutschböhmisches Städten in der letzten Zeit zu einem wahren Manie geworden. Diese Fallschirmabstrümpfe, die doch nichts anderes sein sollten als Rössprünge bei großen Gefahren, die dem Flieger keine andere Rettungsmöglichkeit mehr bieten, und die bei den „Schauspielen“ ein freies va banque-Spiel mit dem Leben sind zu einem Nervenkitz für die Zuschaueremenge geworden. Daß dieses Spiel mit dem Leben auch eine Katastrophe herbeiführen kann, beweist folgende Meldung aus Budweis: Der Sonntag vom Sportklub Budweis und der Aeroline auf dem Flugplatz Budweis bei Budweis veranstaltete Fliegertag endete mit einem tödlichen Unfall. Der Pilot Nejeck unternahm einen Abstrümpfen aus dem Flugzeug mittels Fallschirms aus einer Höhe von 600 Meter. Nejeck blieb mit zerstückelten Gliedern tot auf dem Boden liegen. Die weiteren Flieger wurden abgesetzt.

Eine Stadt in der Wüste von acht Wodden. In Odgen im Staate Kansas hielten acht Autobonditen zwei Stunden die ganze Stadt in Brand, während ihre Komplizen aus der Stadt State Bank 28.000 Dollar raubten. Die Banditen durchdringen mit Automobilen, nach allen Seiten schleichend, die Straßen und trieben so die Bewohner in die Häuser, aus denen sie sich erst hervortrauten, als die Verbrecher sich mit der Beute in Sicherheit gebracht hatten.

Reisegefahr in eine Kirche. Aus Dessen wird gemeldet: Kürzlich hat in der hiesigen Schloß- und Stadtkirche ein regelrechtes Reizgefecht zwischen Einbrechern und Polizeibeamten stattgefunden. Ein Polizeibeamter hatte in der Kirche einen Lichtschimmer bemerkt, und war mit einigen anderen Polizeibeamten in die Kirche, deren sämtliche Türen man aufgeschlossen fand, eingedrungen. Dort wurden die Beamten sofort mit Revolverkugeln empfangen, die sie erwiderten. Es kam zu einer heftigen Schießerei, in deren Verlauf die beiden Einbrecher verwundet wurden. Die Verbrechen, die es wahrscheinlich auf die wertvollen Altargeräte und etwaige Pretiosen aus der Fürstengruft abgesehen hatten, fielen in diese Gruft, konnten dort aber von den Polizeibeamten überwältigt und festgenommen werden.

Drei Jahre als Räuber tätig. Aus Marburg (Südsteiermark) wird gemeldet: Im Jahre 1919 erkrankte ein berühmter Dieb, Michael Gernes, dem Gefängnisse und Friedhöfe seiner in den Wäldern des Saagegebirges herum, ohne daß sein Aufenthalt ausfindig gemacht werden konnte. Vor kurzem wurde nun der Gendarmerteil angezeigt, daß Gernes sich bewaffnet in einer Höhle aufhalte. Drei Gendarmen und zwölf Jäger umzingelten die Höhle und forderten Gernes auf, herauszukommen. Gernes antwortete mit einem Schuss. Nun schlossen auch die Belagerten in die Höhle. Hierauf jagte sich Gernes selbst eine Kugel durch den Kopf. In der Höhle fand man ein reiches Diebslager.

25.000 holländische Gulden unterschlagen. Auf telegraphisches Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Amsterdam wurde der Student Wijn Solomon in dem Augenblick verhaftet, als er auf dem Wiener Ostbahnhof in einen Schnellzug einsteigen wollte. In der Tasche fand es, daß der Mann in Amsterdam seinem dort wohnhaften Oheim Schulman ungefähr 25.000 holländische Gulden unterschlagen habe. Solomon wurde in das Untersuchungsamt gebracht. Er gab an, daß sein Oheim, der in Amsterdam ein Uhrengeschäft in großem Betrieb, ihm vor einem Jahre einladend, nach Amsterdam zu kommen, um in seinem Geschäft tätig zu sein. Im Frühjahr vorigen Jahres empfing er dieser Einladung und war seitdem bei seinem Oheim tätig. Dieser entließ ihn aber plötzlich. Als ihm sein Oheim auch die Auszahlung einer Summe versprochen, die zu einer Reise nach Amerika, wo sich Solomon eine eigene Erziehung zu gründen hoffte, nötig war, will der junge Mann beklagt haben, in die rumänische Heimat zu fahren. Das zur Reise von Amsterdam nach Bukarest notwendige Geld von nur 1000 Gulden gibt er zu, seinem Oheim unterschlagen zu haben. Solomon wurde dem Landesgerichte eingeliefert und die Staatsanwaltschaft in Amsterdam, die seine Auslieferung begehrt, von seiner Verhaftung in Kenntnis gesetzt.

Rebellion der Buchergerichte. Den „Lib. List“ zufolge, hat der Ministerrat eine Gesetzesnovelle beantragt, durch die einige gesetzliche Bestimmungen über die Bestrafung des Kriegswidertums abgeändert werden. Heute könne man von Bucher als Weisheitsweisheit nicht sprechen, wofür das starke Sinken der Anzeigen wegen Wuchers zeugt. Die bisherige Strenge der Strafverordnungen gegen Wucher habe sich nicht bewährt (?), sie führte zu entgegengesetzten Ergebnissen als man gedacht hatte. Diese Hauptmomente bilden die Grundlage der neuen Novelle, durch die das Gesetz vom 17. Oktober 1919 novelliert wird. Es werden besonders folgende neue Bestimmungen eingeführt: das Gesetz über die Volkswidertumsgerichte und über die Straf-Arbeitsabteilungen, die teilweise Anschließung der bedingten Verurteilung und die Einschränkung des Aufschubes, sowie die Unterbrechung bei strafbaren wucherischen Taten werden aufgehoben. Für Vergehen der Vertretung wird statt strengen Arrests einfacher Arrest eingeführt, der eine Umwandlung in eine Geldstrafe zuläßt. Ueberfretungen der Höchstpreise werden den Verwaltungsbehörden überantwortet. Das neue Gesetz soll auf Urteile rückwirken, die vor seiner Inkraftsetzung gefällt wurden, wovon allerdings vollzogene oder herabgesetzte Strafen ausgenommen sind.

Familientragödie. Das Ehepaar Grabmiller in Podmolitz bei Semil lebte seit langem in ehelicher Harmonie, so daß sich Grabmiller schließlich von seiner Frau trennte. Diese verfolgte ihren Mann weiter und reizte sogar die verheiratete Tochter und ihren Schwiegersohn auf, ihren Gatten, wenn er zu Besuch käme, zu vergiften. Als Grabmiller einige Tage später im Haus erkrankte, forderte der Schwiegersohn ihn heraus und bei der so entstandenen Meinungsverschiedenheit ergriß der Schwiegersohn namens Jiranel eine bereits bereitgestellte Gabe und versetzte mit derselben seinem Schwiegervater einige Schläge auf den Kopf, so daß dieser tot zu Boden sank. Die Leiche warf man in den Keller, bekleidete sie mit feiscker Wäsche, worauf das Gerücht verbreitet wurde, daß Grabmiller in den Keller gefallen sei und sich dabei erschlagen habe. Die Gerichtskommission fand jedoch, daß Grabmiller einige Wunden auf dem Kopfe hatte, die ihm nur mit irgendeinem Instrument beigebracht sein konnten. Die Gendarmerteil verhaftete das Ehepaar Jiranel und der Mann gestand, den Schwiegervater im Einverständnis mit der Frau ermordet zu haben. Sie bekanteten schließlich auch, daß die Schwiegermutter bzw. Mutter sie dazu angestiftet hatte, da sie sich ihres Mannes um jeden Preis entledigen wollte. Die Schuldigen wurden dem Kreisgerichte Jungbunzlau eingeliefert.

Die Verhaftung mit der Feuerpriße. In Schwib bei Brünn schütete dieser Lage der 17jährige Vlad Sedlak, von der Polizei verfolgt, auf den Dachboden eines Hauses. Das Haus wurde umzingelt, doch gelang es lange nicht, das Ziel habhaft zu werden, da er auf seine „Belagere“ pranzia Revolverkugeln abgab. Endlich erschien die Feuerwehre und erst unter dem abfällenden Einbrüche des Wasserstrahles aus der Feuerpriße entschloß sich der Umzingelte, zu kapitulieren.

Die Traummur Bezirkskrankenkassa eingestürzt. In der Nacht auf Dienstag wurde in der Bezirkskrankenkassa in Prana u offenbar von ortswohnhaften Verbrechern eingebrochen. Am Morgen fand man die Seitenwand der eisernen Kasse aufgeschnitten. Aus der Kasse schloß das gesamte Papiergeld in der Höhe von 60.000 K. Das Kollengeißel liegt gebildet Der Schaden erscheint durch Versteigerung gedeckt. Die Täter haben am Schauplatz ihrer Tat ein Stemmisen vergessen; vorläufig fehlt jede Spur und jeder sonstige Anhaltspunkt.

Beitrag. (Die beste Statue.) Zu Rossini, dem großen Komponisten, der mehr ein Freund guten Lebens als äußerer Ehrungen war, kam eines Tages eine Deputation, die ihm die Errichtung seines Denkmals in seiner Vaterstadt anläudigte. Der Meister erkundigte sich danach, wieviel wohl eine Statue aus weißem Marmor kosten würde, und als er die Antwort erhielt: „12.000 Franken“, da erklärte er vergnügt: „Ich will Ihnen einen Vorschlag machen. Geben Sie mir die Summe, und bei allen feierlichen Gelegenheiten oder wenn es sonst nötig ist, werde ich kommen und mich auf den Sockel stellen. Sie haben dann anstelle einer Nachahmung das Original, und ich habe 12.000 Franken mehr.“ (Bitte und Gegengabe.) Herr Meier läßt bitten, Ihren Hund zu vergiften. Sein Pöbel stört unsere Nachtruhe.“ — „Ich lasse Herrn Meier höchlichst erwidern, seine Tochter zu erschleichen. Ihr Gelang stört meinen Mittagsschlaf!“

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Der Polizeiwache in der Koenigsgasse wurde Sonntag vor 10 Uhr abends gemeldet, daß fünf Personen in der Smetochgasse Unruhe treiben und die vorübergehenden Frauen mit Stöcken schlagen. Der Wachmann begab sich an Ort und Stelle und nahm zwei Exzedenten fest, die sich ihm aber entziehen und flüchten wollten. Der eine von ihnen, der Selbstergebe Albert Semrad aus Karolinenthal, verfehlte dem Wachmann einen Fausthieb auf den Mund und hob ihm zweimal mit einem Eisenstab über den Kopf, während ein zweiter ihn mit dem Revolver bedrohte. Diesem Schlag der Wachmann mit dem Gummiknüdel über die Hand, worauf der Angreifer unter dem Publikum verschwand. Als Verhaftung der Wache angelangt war, wurden die gewalttätigen Radamacher festgenommen.

Kleine Chronik.

Eine Eisenbahn durch die Sahara. Die französische Regierung hat den Bau einer großen Eisenbahnstrecke quer durch die Mitte der Sahara beschlossen. Die Linie soll über die Oasen des mittleren Teiles führen und Ägypter mit den französischen Besitzungen am oberen und mittleren Niler verbinden. Bei diesem überaus kostspieligen und kühnen Plan kommen Handelskräften nicht in Frage, sondern der wahre Grund geht aus der Tatsache hervor, daß das Kriegsministerium auf der Eisenbahn für die Organisation des französischen Eingeborenenheeres besteht. Für die bereits bestehenden Kolonialtruppen wäre die Eisenbahn überflüssig, denn während des Krieges waren die afrikanischen Truppen Frankreichs hauptsächlich aus Ägypter, Senegal und Tunis herangezogen worden. Keines dieser Länder aber wird durch die neue Eisenbahn berührt. Man muß also annehmen, wie der „Manchester Guardian“ ausführt, daß Frankreich sein Heer durch die Eingeborenen der Länder südlich des Niler ergänzen will, die bisher zu den Kolonialtruppen noch nichts beigetragen hatten.

Totes Kapital. Der Mangel an historischem Hintergrund hat die Amerikaner schon manchmal auf eigenartige Ideen gebracht. In letzter Zeit hat man versucht, die irischen Ueberreste von Menschen, die in geschichtlicher Beziehung zu Amerika standen, auf amerikanischen Boden zu bringen, wie vor kurzem die Gebeine der Indianer Prinzessin Potahontas, zu welchem Zwecke man Nachforschungen und Ausgrabungen vornahm, die nicht jedermanns Geschmack waren. Nun hat auch der Staat Georgia die Gebeine seines Gründers, des Engländers Oglethorpe zu exhumieren und über den Ozean zu bringen gewünscht. Diese dauernde Beunruhigung der Ueberreste einst geschätzter Mitbürger scheint man selbst den phlegmatischsten Engländern zu viel zu werden. Energetische Proteste werden laut; Lord Curzon schlägt einen „Totenschutzbund“ vor; ausführlich ist dagegen ein Brief, von einem Meister der Ironie geschrieben, den der „Manchester Guardian“ in dieser Sache veröffentlicht. „Amerika hat keine Toten“, sagt dieser Dumortier, „wir haben sie, aber Amerika braucht sie. Wenn also nur betrübliche Nachfrage nach ihnen drüben herrscht, so können wir sie bestreiden. Allerdings gegen Entgelt, denn wenn einer etwas unbedingt haben will, so muß er darauf gefaßt sein, dafür zu zahlen. Sie repräsentieren ein enormes Kapital, sind aber wertlos, wo sie sich eben befinden; trotzdem ist noch kein Versuch gemacht worden, die Sachlage auszubedenken. Ich will in aller Kürze einige Beispiele anführen. Da ist Sir Walter Raleigh, der Virginia gegründet und Tabak und Kartoffeln aus Amerika eingeführt hat. Was würde ein kurz entschlossener Amerikaner nicht für ihn geben? Eine sechsstellige Zahl ist meines Erachtens nicht zu hoch gegriffen. Oder William Penn! Bloße Familien-Beziehungen stehen ihm sein Grab in Buntinghamshire finden. Doch man könnte ja den Lokal Patriotismus einschärfen, indem man einen Teil der Kaufmanns der Herabsetzung von Gemeindesteuern widmet.“ Er nennt noch eine lange Reihe von Namen und kommt schließlich zu dem Schluß, daß unerschöpflich eine Welt ist, etwa eine Posthume Ausbeutung. S. M. S. B., gegründet werden muß, die die Sache in der Hand nimmt, und sie von einem erweiterten Gesichtspunkt aus

betreift. Sie müßte sich dann auch das Vorkaufsrecht auf ausländische Objekte — er denkt dabei z. B. an Christoph Columbus — sichern. Nur sei Vorsicht am Platze, um den Markt nicht zu überflutet zu werden. Eine umsichtige Ausfuhr die auf eine Reihe von Jahren erstreckt, sei anzuraten. — Seiten hat der englische Beter dem amerikanischen Beter eine beizubehende Satire zuteil werden lassen.

Interessante Entdeckungen eines deutschen Physiologen. Professor Otto Rejner teilt aus dem physiologischen Institut der Universität Hamburg in der Klinischen Wochenschrift Untersuchungen und Beobachtungen mit, die eine ganz neue und überzeugende Erklärung für die eigentümlichen, unbeschlaglichen Empfindungen bei Schwüle, bei herrschendem Föhn und Schrotto geben. Man hatte bisher angenommen, daß das Gefühl der Schwüle dadurch zustande komme, daß bei hoher Temperatur und gleichzeitig hohem Feuchtigkeitsgehalt der uns umgebenden Luft die Wasserabgabe durch die Haut und dadurch die Entwärmung des Körpers gehemmt oder wenigstens erschwert sei. Rejner hat bei seinen Untersuchungen gefunden, daß die von einer Vogenslampe abgegebene Luft den arteriellen Blutdruck bei Menschen erniedrigt. Als den so wirkenden Bestandteil dieser Luft hat er das in ihr nachgewiesene Etidoxydulgas erkannt. Auch alle anderen Lichtquellen, die ultraviolette Strahlen ausstrahlen, erzeugen in ihrer Umgebung dieses Gas. In den weiteren Beobachtungen fand Rejner, daß an schwülen Tagen der Blutdruck ebenfalls erheblich erniedrigt ist. Er vermutete nun, daß an solchen Tagen die Luftströmung von oben nach unten geht und zwei einen den Blutdruck herabsetzenden Bestandteil aus den oberen Luftschichten mit herabweht, wo er durch die Strahlung in jenen Schichten der Atmosphäre entsteht. Dieser Bestandteil der Luft konnte nur wiederum Etidoxydulgas sein. Es hat sich nun herausgestellt, daß an Tagen an denen die Deutsche Seewarte für Hamburg einen Fallwind, eine abwärts wehende Luftströmung, einen „Föhn aus freier Atmosphäre“ registriert hatte, in Hamburg Schwüle herrschte, und bei den Versuchspersonen der Blutdruck um 20 Millimeter der Quecksilbersäule und mehr unter die sonst gefundene Höhe gesunken war. Und nur an diesen Tagen fand Rejner auch das Etidoxydul in der Luft. Dabei betrug die relative Feuchtigkeitsgehalt der Luft nur 31 bis 33 Prozent. Daß das Etidoxydul in der Luft bisher übersehen worden war, erklärt Rejner aus der Schwierigkeit seines Nachweises. Das Gefühl der Schwüle tritt demnach bei Föhnwinden auf. Sie führen Etidoxydul mit sich, das in den Strahlungen in den oberen Luftschichten der Atmosphäre entsteht und das als die Ursache des Sinkens des Blutdrucks des körperlichen Unbehagens und mancher seelischen Bestimmungen bei herrschendem Föhn und bei Schwüle anzusehen ist.

Vertrauen und urteilen.

Wenn die Stürme des Lebens dein junges Gemüt umtohen, wenn du hilflos allem Unbill des Wetters ausgesetzt bist, dann tue das, was die dein Innerstes vorschreibt, es wird immer das Richtige sein. Vor allem vertraue dir selbst und deiner jungen Kraft.

Urteile nie auf den äußeren Schein. Erst lerne den Menschen kennen, verstehen, und dann gib Urteil über ihn. Ehre seine Gefühle, so sie ihm heilig schienen, und achte das, wozu er sich aus tiefster Ueberzeugung bekennt.

Erfriede Fänge.

Proletarische Revolutionen ... freistieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verschöhen grausam-gründlich die Halbheiten. Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuche, schenken ihren Gegnern nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich rücksichtloser ihnen gegenüber wieder aufrechte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen: Sic Rhodus, hic Solta!

Karl Marx über proletarische Revolutionen.

Sozialwirtschaft und Sozialpolitik

Baldwins Zollprogramm.

London, 19. November (AP.) Ministerpräsident Baldwin hat einen Aufruf an das V. K. erlassen, in welchem er sich mit der Regierungspolitik der Schutzzölle befaßt. Er erklärt, Bonar Law konnte noch vor einem Jahre bessere Verhältnisse bezüglich des Handels und eines wesentlichen Wiederaufbaues desselben erhoffen, auch wenn keine Aenderung der Fiskalpolitik eintrete, von deren äußerster Notwendigkeit Bonar Law selbst überzeugt war. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes war es offensichtlich, daß wir uns vor einer Lage befinden welche, selbst wenn sie sich nicht verschlimmert, in den nächsten Jahren nicht normal sein wird. Die Desorganisation und Verarmung Europas, herbeigeführt durch die gesunkenen Valuten und die höheren Zolltarife in der ganzen Welt, haben direkt und indirekt die Absatzgebiete unseres Außenhandels verkleinert. Auch am heimischen Marke nötigte uns die Einfuhr ausländischer Waren, welche durch die entwerteten Währungen und das herabgesetzte Lebensniveau in dem größten Teile der europäischen Länder verbilligt waren, zu einer Konkurrenz, welche im Wesen unfair ist und den Unternehmungsgeist und die Initiative lähmt. Unter dergleichen Umständen

sollen wir Arbeit für die Bevölkerung finden, welche infolge der während der Kriegszeit verringerten normalen Emigration in die Dominions, in der letzten Volkszählungsperiode um mehr als 1.75 Millionen Seelen gestiegen ist. Der Ministerpräsident erklärt, er schlage zur Förderung der Beschäftigung in der Industrie vor, Zölle auf die eingeführten Produkte unter folgenden Bedingungen zu legen:

1. Die Einnahmen für die heimische Produktion durch weniger unfaire Methoden zu erhöhen. Die heimische Produktion trägt gegenwärtig die gesamten Lasten der lokalen und staatlichen Besteuerung, die Unterstützung für die Arbeitslosigkeit mit inbegriffen.
2. Eine besondere Unterstützung den Industriezweigen zu gewähren, welche infolge der unfairen ausländischen Konkurrenz leiden.
3. Diese Zölle bei den Verhandlungen über eine Herabsetzung der ausländischen Zolltarife bei denjenigen Waren auszunutzen, bei denen dies der englischen Ausfuhr am förderlichst wäre.
4. Dem Handel des Reiches wesentliche Begünstigungen zu gewähren.

Baldwin erklärte: Eine solche Politik wird unsere Industriezweige bei der gegenwärtigen Krise schützen und uns unter normaleren Verhältnissen die Rückkehr zur Arbeit sowie zur tatsächlichen Sicherung des wahren Freihandels sowie im Reiche als auch mit dem Auslande in einem größeren Maßstabe ermöglichen. Der Handel, welcher dem willkürlichen Eingreifen eines jeden ausländischen Tarifs unterliegt und welcher jeder durch den Umsturz in Europa entstandenen Unordnung auf Gnade und Ungnade ausgesetzt ist, ist keineswegs ein freier und sicherer auch für unser Volk nicht geeignet. Der Ministerpräsident erhofft, er habe unter keinen Umständen die Absicht, Zölle auf Weizenmehl, Hafer und auf Fleisch sowie auf Speck, Schmalz, Käse, Butter oder Eier zu legen. Die Regierung, welche die Manufakturindustrie im Lande fördert, schlägt auch vor, daß eine direkte Unterstützung der Landwirtschaft gewährt werde. Die Landwirtschaft ist nicht nur an sich der größte und wichtigste unserer nationalen Industriezweige, sondern hat auch eine besondere Bedeutung als der ständige und vollkommenste Versorger des heimischen Marktes für die Arbeiterschaft. Er schlägt also vor der Landwirtschaft eine Prämie von einem Pfund per Acre Ackerbaubodens zu gewähren. Um der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft einen guten Lohn zu sichern, wird den Grundbesitzern nur dann die Prämie gewährt werden, wenn sie fähigen Arbeitnehmern nicht weniger als 30 Schilling wöchentlich zahlen werden. Der Ministerpräsident erklärt, daß diese Maßnahmen eine einzige umfassende und wechselseitig von einander abhängige Politik schaffen werden. Die aus den Zöllen gewonnenen Einnahmen werden zur Unterstützung der Landwirtschaft verwendet werden und der Regierung die Mittel verschaffen, durch welche unter anderem der Bauminhalt im Reiche zu fördern und die Zölle auf Tee und Zucker, welche den Haushalt der Arbeiterschaft direkt treffen, herabzusetzen sein werden. Zum Schluß äußerte sich Rejner über die gegenwärtigen Bemühungen der Regierung, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und bemerzte, der Bau von Schiffen sei einer der ernstesten Mängel der britischen Industrie und es werde vorgeschlagen, ihm eine besondere Förderung durch eine schnellere Durchführung des Programmes des Baues leichter Kreuzer zuteil werden zu lassen. Rejner erklärte: Wir sind von Fachmännern auf dem Gebiete des Seewesens sehr informiert worden, daß wir in den nächsten Jahren 17 leichte Kreuzer sowie auch verschiedene kleinere Schiffe benötigen werden und beabsichtigen den Bau derselben vorzunehmen, sobald die Entwürfe fertiggestellt und die Genehmigung des Parlamentes gesichert sein werden.

Phrasen und Wirklichkeit.

Die Kommunisten und die Einheitsfront.

Zeit vielen Monaten fordern die Kommunisten die Arbeiterschaft auf, die Einheitsfront aller arbeitenden Menschen zu errichten und die gemeinsamen Interessen gemeinsam zu vertreten. Ein Schulbeispiel, wie die Kommunisten die Einheitsfront verlassen, wenn die Arbeiter wirklich Ernst machen und versuchen, gemeinsam vorzugehen, liefert ein Bericht aus Brünn über die Schaffung der Einheitsfront der Textilarbeiter, welcher im kommunistischen „Vorwärts“ am 15. November 1923 erschienen ist. Diesen Bericht geben wir nachstehend vollständig wieder, wobei wir nur eine oder die andere Stelle zum leichteren Verständnis der Leser gesperrt beziehungsweise fett abdrucken:

Einheitsfront in Brünn.

Am Sonntag, den 14. Oktober 1923 hat in Brünn eine gemeinsame Konferenz aller Textilarbeiterorganisationen stattgefunden mit dem Zweck, ein gemeinsames Vorgehen gegen den wachsenden Indifferentismus und in Fragen wirtschaftlicher Natur zu erreichen. Die Konferenz war von dem tschechischen nationalsozialistischen Verbände der Textilarbeiter in Nachod angeregt worden und beteiligten sich an derselben nicht nur die Funktionäre dieses Verbandes, sondern auch der reformistische Brünnener Verband, die christlich-soziale Jednota und unsere Prager Sektion. Für letztere nahmen an den Verhandlungen von der Ortsgruppe Brünn die Genossen Ljgal und Kufscherova, sowie Genosse Dedel und von der Sektionsleitung Genosse Syrova teil. Nach

einer allgemeinen Aussprache faßte die Konferenz folgenden Beschluß:

1. In allen Textilorten, soweit das noch nicht durchgeführt ist, werden gemeinschaftliche Betriebsversammlungen einberufen, sowie Versammlungen der B.A., in welchen die Vertreter aller Organisationen referieren werden.

2. In sämtlichen Betrieben werden gemeinschaftliche Revisionen der Mitgliederlegitimationen und der bezahlten Beiträge durchgeführt.

3. In allen, die Textilarbeiter betreffen wirtschaftlichen Fragen, wie Ueberreichung von Forderungen, Lohnverhandlungen usw. gehen sämtliche Organisationen weiterhin gemeinschaftlich vor.

4. Sämtliche Organisationen verpflichten sich, nicht mit dem Hinweis auf niedrigere Mitgliedsbeiträge zu agitieren.

5. Die Vertreter aller beteiligten Organisationen werden dafür Sorge zu tragen, daß gegen die gewerkschaftsorganisatorischen und deren funktionäre sämtliche Hege und Verdrehung der Wahrheit in der Gewerkschafts- und politischen Presse aufhöre.

Dazu sagt der „Vorwärts“: Unstreitig ist das Zustandekommen vorstehenden Beschlusses ein bedeutender Schritt nach vorwärts. Wir können jedoch nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß der Punkt 5 des Beschlusses in seiner Tendenz wohl gut ist, in der Vertretung der Interessen der Arbeiter jedoch vor allem für unsere Genossen zu einem Hindernis werden kann. Unsere Brüder Genossen dürfen sich durchaus nicht der Hoffnung hingeben, daß der gemeinsame Kampf kluglos durchgeführt werden kann. Sie werden vielmehr die Wahrnehmung machen müssen, daß in manchen Fällen die Vertreter der beteiligten Organisationen nicht richtig handeln und in diesem Falle die Bekämpfung ihrer Ansichten und Stellung notwendig wird. In solchen Fällen haben diese dann die Möglichkeit, auf den Punkt 5 hinzuweisen und die Kritik an ihren Handlungen zu unterbinden. Wir haben bisher über den Begriff der Wahrheit und Hege bei den Reformisten schon genügend Erfahrungen gemacht, als daß wir glauben könnten, daß diese Leute von der wirklichen Wahrheit und Hege die Auffassung haben, die zum Wohle der Gesamtarbeiterchaft gereicht. Ganz unmöglich erscheint es uns aber, daß die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen wollen, daß dieser Punkt auch für die politische Presse gelten soll. Das hätte von unseren Funktionären zurückgewiesen werden müssen, weil damit auch die Kritik der Parteipresse an den Handlungen der reformistischen Führer ein Riegel vorgeschoben werden soll.

Wir haben uns veranlaßt, auf diese Sache hinzuweisen, um zu verhindern, daß die Parole der Einheitsfront falsch verstanden wird. Wenn wir mit den gegnerischen Organisationen die Einheitsfront herstellen, so geschieht es zu dem Zwecke, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Es geschieht aber nicht zu dem Zwecke, unsere Kritik zu unterbinden. In diesem Moment, wo wir das tun würden, wäre die Einheitsfront zum Schaden der gesamten Arbeiterchaft geworden. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Brüder Genossen trotz des Punktes 5 dieses Beschlusses nicht abhalten lassen,

ihre Meinung zu sagen und den Führern der Arbeiter auf die Finger zu zeigen.

Wie man aus diesem Berichte entnehmen kann, ist tatsächlich in den gefaßten Beschlüssen die Möglichkeit gegeben, die insbesondere in der Textilindustrie die Arbeiterchaft schwer schädigende Zerissenheit der gewerkschaftlichen Organisationen zu überwinden und wenigstens ein gemeinsames Vorgehen dieser Organisationen in den wichtigsten Arbeiterfragen zu erzielen. Ein bedeutender Fortschritt ist auch die Bestimmung, daß jede Hege in der gewerkschaftlichen und politischen Presse aufhören soll. Das ist aber den Kommunisten nicht recht. In dem Bericht des Reichensberger „Vorwärts“ wird gesagt, daß Punkt 5 des Beschlusses, eben die Verhinderung der Verleumdung und Hege, für die Kommunisten zu einem Hindernis werden kann und daß es insbesondere ganz unmöglich ist, daß die politischen Zeitungen der Kommunisten mit dieser Hege aufhören. „In diesem Moment, wo wir das tun würden“, sagt der Reichensberger „Vorwärts“, „wäre die Einheitsfront zum Schaden der gesamten Arbeiterchaft geworden“. Also, den Kommunisten nicht die Einheitsfront nur dann, wenn sie schimpfen können. Wenn aber die Arbeiter beschließen, daß alles Geschimpfe aufzuhören hat, dann ist die Einheitsfront für die Kommunisten nach ihrem eigenen Verständnis ein Hindernis. Die Kommunisten wollen also weiter verleunden und weiter hegen und beweisen damit der Arbeiterchaft, daß es ihnen mit der Parole von der Einheitsfront nicht ernst ist. Ebenso wenig wie mit ihrer neuesten Parole, dem Rufe nach einem allgemeinen Betriebsratskongress.

Ein Konzern in der Zuckerindustrie. Wie mehrere bürgerliche Blätter melden, hat die Auffigener Zuckerraffinerie, deren Konzern die Raffinerien in Auffig und Dobrowitz, sowie die Zuckerschmelzen in Begstätt, Zidowitz, Doxan und Unterbauschowitz gehören, die Zuckerraffinerie in Postitzberg gekauft. Dieser Konzern würde eine gewaltige Erweiterung erfahren, wenn die landwirtschaftlichen Zuckerraffinerien, mit denen gegenwärtig Verhandlungen gepflogen werden, gleichfalls dem Konzern angegliedert werden sollten. Das Aktienkapital der Auffigener Zuckerraffinerie, die ihre Zentrale in Prag hat, beträgt 24 Millionen Kronen. Die Produktion beträgt jährlich etwa eine Viertelmillion Metertonnen Raffinade. Die Bankverbindung der Gesellschaft ist die Landwirtschaftliche Kreditbank.

Streitreglement der österreichischen Gewerkschaftskommission. Die österreichische Gewerkschaftskommission hat ein Streitreglement ausgearbeitet, das das Verhalten der angeschlossenen Verbände für den Streitfall in 17 Punkten regelt. Die Autonomie der einzelnen Verbände ist bei dieser Vorschrift vollkommen gewahrt. Trotzdem erhält die Gewerkschaftskommission weitgehende Befugnisse. So kann ein Sympathiestreik nur durch Beschluß der Gewerkschaftskommission in die Wege geleitet werden. Streiks in lebenswichtigen Betrieben dürfen erst dann begonnen werden, wenn der Gewerkschaftskommission eine angemessene Frist zur Vermittlung zwecks gütlicher Beilegung des Konfliktes gelassen wird. Die Gewerkschaftskommission muß in Streikfällen immer auf dem Laufenden gehalten werden, ja sogar die Absicht eines Streiks oder Boykotts muß rechtzeitig gemeldet werden. Die Mittel zur Unterstützung von Streiks werden in besonders wichtigen Fällen durch Streikumlagen aufgebracht. Die Unterstützung durch die Gewerkschaftskommission beginnt erst dann, wenn der Streik schon mindestens acht Tage andauert.

Portugiesisch-französischer Konflikt. Sabas meidet aus Lissabon, daß die Jolle für die französischen Waren gestern um das Dreifache erhöht worden sind.

Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Auf der 20. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, im Oktober 1923, fand eine lange Besprechung über den Bericht statt betreffend Maßnahmen zur Förderung der Ratifikation des Übereinkommens über den Achtstundentag in gewerblichen Betrieben. Zur Erörterung dieser Frage war ein Ausschuss eingesetzt worden, weil mehrere Länder, wo der Achtstundentag praktisch durchgeführt ist, sich aus verschiedenen Gründen aufzustande erklärten, das erwähnte Übereinkommen zu ratifizieren. Der Ausschuss erklärte es als wünschenswert, daß diese Länder die Gründe für ihr Verhalten in dieser Hinsicht genau angeben, ehe den Forderungen auf Revision des Übereinkommens nähergetreten wird. Der Verwaltungsrat beschloß, auf eine Revision nicht einzugehen. Außerdem wurde unter anderem über die Anwendung der Grundsätze des Koalitionsrechtes verhandelt, die in der Einleitung zum Statut der Internationalen Arbeitsorganisation niedergelegt sind. Die Arbeitervertreter verlangten, daß das Internationale Arbeitsamt beauftragt werden solle, eine gründliche Erhebung über die Angelegenheit vorzunehmen, um über den gegenwärtigen Stand der Anwendung dieser Grundsätze in den verschiedenen Ländern befriedigende Aufklärung zu schaffen. Der Direktor des Arbeitsamtes wurde dementsprechend um Vorlage eines Berichtes ersucht, der die gesetzlichen Bestimmungen über das Organisationsrecht und ihre Auslegung durch die Rechtsprechung und Praxis behandeln soll. Ein weiterer Verhandlungsgegenstand war die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1925. In Anbetracht des Umstandes, daß zahlreiche Länder mit der Revision ihrer Gesetzgebung über Sozialversicherung befaßt sind und daß die Internationale Arbeitsorganisation dies in Betracht ziehen sollte, wurde beschlossen, auf der Konferenz von 1925 einen Bericht über die allgemeinen Grundsätze der Sozialversicherung zur Diskussion zu stellen und als besonderen Gegenstand die Unfallversicherung zu erörtern. Ueberdies wurde eine Reihe von Fragen betreffend die Sozialpolitik in der Landwirtschaft verhandelt.

Devilentur'e.
Die tschechische Krone notiert in:
Paris Zw. Franc 16,71'00
Berlin Mark 74,000,000,000'00
Wien Österr. Kronen 2045'00

Brager Kurie am 19. November.

	in	War.
100 holl. Gulden	1298,00	1302,00
1 Billion Mar	9,40	9,00
100 Belg. Francs	156,25	156,75
100 schwed. Francs	600,75	603,25
1 Pfund Sterling	149,5'00	151'00'00
100 Lire	146,25'00	147,75'00
1 Dollar	4,60'00	5,10'00
100 franz. Francs	188,55'00	184,75'00
100 Dinar	39,25'00	39,75'00
10/100 mag. ar. Kronen	17,62'50	16,62'50
1,000,000 span. Mar.	13,75	15,25
10,000 Österr. Kronen	4,05'00	5,15'00

Literatur.
Ein praktisches Handbuch für Beamte und Angestellte, ist der im Kommissionsverlag der Buchhandlung Robert Bantock, Turn-Teplitz, (eben erschienen, vom Zentralrat der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Elz Teplitz-Schönbau, herausgegebene Angestellten-Kalender, dessen 3. Jahrgang (für 1924) nun vorliegt. Das Jahrbuch präsentiert sich sehr geschmackvoll in einem feinen Einband mit Leinwand und weist wiederum einen überaus reichen Inhalt auf. Aus diesem ist insbesonders hervorzuheben ein sehr instructives

gehaltener und mit vielen Beispielen versehener Artikel „Wichtige Punkte für die Betriebsauschüsse“ (Geschäftsabführung der Betriebsauschüsse, wichtige Formalitäten, Fristenkalendar; ferner enthält der Kalender einen umfassenden Auszug aus dem Betriebsversicherungsgesetz, weiters im vollen Wortlaut das Mieterschutzgesetz nebst den gesetzlichen Bestimmungen über den Ausschub der Wohnungsordnung, das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit, das Gesetz zum Schutze der Republik und das Terrorgesetz. Daran schließen sich einige Aufsätze allgemeinen und gewerkschaftlichen Inhaltes. Adressen, Statistiken und sonstige wichtige Daten. Eingeleitet wird das Jahrbuch durch einen festlich beschriebenen Aufsatz „Bunderglaube“. Ein praktisches Kalendarium mit Kolligatoren. Ein zweifachtes Tagesbuch usw., vervollständigen den Kalender, in dessen Text noch schöne Gedichte, Sentenzen u. dal. eingestreut sind. In Anbetracht des überaus reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung muß der Preis des Kalenders, der im Buchhandel nur 7 K. kostet, als sehr niedrig bezeichnet werden. Umformt als schon früher einzelne der hier veröffentlichten Gesetze im Buchhandel für sich allein mehr kostet als der ganze Kalender, der ein für jeden Interessenten dauernd wertvolles Nachschlagbuch darstellt, das sich den früheren Jahrgängen ebensobüchtig anreicht. In bezug auf die Kalender durch alle Buchhandlungen und Zeitungsverläge, oder gegen Voreinsendung des Betrages nicht 1 K. Porto (in Preismarken) direkt vom Verlag Robert Bantock in Turn bei Teplitz-Schönbau.

Kunst und Wissen.

Arbeitervorstellung: „Das Räthchen von Brunn“. (Zweite Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter in Prag.) Es ist das Verdienst des Arbeitervereines, im Neuen Deutschen Theater vor Jahren überhaupt Nachmittagsvorstellungen eingeführt zu haben und es wäre auch — das kann man nach der sonntägigen Vorstellung wohl sagen — nur ihm zu verdanken, wenn das Vorurteil der Direktion, man könne am Sonntag nur Operetten oder bestenfalls populäre Opern aufführen, zerstört werden würde. Denn das Theater war am Sonntag nachmittags 10 Uhr des klassischen Charakters des aufgeführten Stückes bis auf das letzte Wörtchen erfüllt; besonders zahlreich war das jugendliche Element gekommen, um das uns so entfernte Märchen der Frauenideal, das von der Frau unbedingten Gehorsam und geradezu übermenschlichen Opfertum verlangt, kennen zu lernen. Das Räthchen war von Emil Kainer gut und bargefesselt; der König und der verliebte Hermine Medelsky vielleicht zu wenig Tüde und Posheit. Walter Bittman als Graf Wetter von Strahl, sowie Willi Bauer als Friedeborn meisterten trefflich die widerspruchsvollen Kleist'schen Gestalten. „Nehmt alles nur in allem“ — es war eine wohlgelungene Arbeitervorstellung.

„Ranon“. Es ist zweifellos ein Zeichen künstlerischen Wohlstandes unserer Opernbühne, daß sie ein Werk in doppelter Besetzung bieten kann. Nach Frau Sussa hat am Samstag Fr. Forrai die Titelrolle in dem türkischen Drama „Ranon“ Buecinis gesungen. Wäre Fr. Forrais Stimme ausdauernder, sie könnte eine gesunglich miserglückte Ranon sein. Leider aber machte sich bei der Sängerin bereits im zweiten Akte nach anfänglich prächtiger Stimmensaltung Ermüdung bemerkbar. Ihre Darstellung war sympathisch, aber ohne wichtige Wärme und Leidenschaft. Eisenberg als die Orlean hatte nach langer Zeit wieder einmal einen stimmgelegenen Abend; nur möge er sich zum Wohle seiner Stimme vor unnütigen Forcieren der hohen Töne hüten. Musikalischer Leiter der Oper war Kapellmeister Heller, dem es nicht immer gelang, Orchester, Chor und Sänger seinem Willen unterzuordnen und rhythmisch zusammenzuführen. —ok.

Bater Horiot. 41

Von Honoré de Balzac.

Ich spreche nicht von den Summen, die Sie im Spiel und bei Wetten verlieren werden, die Sie für Geschenke ausgeben müssen; wir wollen Ihr Taschengeld beschreiben mit zweitausend Franken ansehen. Ich habe ein Leben dieier Art geführt und kenne seine Tücken. Rechnen Sie diesen absolut notwendigen Ausgaben dreihundert Louis für das Futter, tausend Franken für das Loch, in dem Sie unterkommen. Lassen Sie es gut sein, mein Freund, man muß seine fünfzigtausend Franken jährlich haben, oder man kommt in den Dreck. Wird zum allgemeinen Gespöht und bißt alles ein: Zukunft, Erfolg, Geliebte! Den Kammerdiener und den Grobri habe ich vergessen! Soll Christy etwa Ihre Liebesbriefe überbringen? Wollen Sie Ihr gewohntes Briefpapier benutzen? Das läme einem Selbstmord gleich. Glauben Sie einem erfahrenen alten Mann! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder Sie bleiben als christlicher Arbeiter in einer tugendhaften Manufaktur, oder Sie schlagen einen anderen Weg ein.

Und Sautrin zwinkerte mit den Augen und schielte zu Victorine Taillefer hin. In seinem Blick lagen alle der verführerischen Argumente, die er im Herzen des Studenten als Saat aufgehen zu sehen hoffte. Mehrere Tage waren vergangen; Rastignac führte ein Leben voller Zerstreuung. Er aß fast täglich bei Frau von Nucingen und ging mit ihr in Gesellschaft. Er kam um drei oder vier Uhr nachts nach Hause, stand um zwölf Uhr auf, machte Toilette, um mit Delphine bei gutem Wetter ins Bois de Boulogne zu gehen, vergaube seine Zeit, ohne ihren Wert zu kennen, und nahm alle Verführungen

des Luxus mit solchem Eifer in sich auf, wie der ungeduldige Keich einer Dattelpalme, die den befruchtenden Staub der männlichen Pflanze kaum erwarten kann. Er gewann oder verlor große Summen am Spieltisch und begann sich an das löbliche Leben der eleganten Pariser Jugend zu gewöhnen. Von seinen ersten im Spiel gewonnenen Geldern hatte er der Mutter und den Schwestern die entliehenen fünfzehnhundert Franken zurückgeschickt und diese Summe mit hübschen Geschenken begleitet. Obgleich er erklärt hatte, das Haus Bauguer verlassen zu wollen, wohnte er in den letzten Januar Tagen noch dort und sah seinen Ausweg aus diesem Zustand. Junge Leute unterziehen alle mehr oder weniger einem Gesetz, das im ersten Augenblick unerklärlich ist, aber es ist tief in ihrer Jugend begründet und in der Wut, mit der sie sich ins Vergnügen stürzen. Reich oder arm, für die notwendigen Ausgaben des Lebens haben sie niemals Geld, während es ihnen zur Befriedigung ihrer Lappen stets zur Verfügung steht. Bewundernswürdig in allen Dingen, die auf Kredit zu haben sind, zeigen sie mit dem, was sie auf der Stelle bezahlen müssen, sie scheinen sich an dem, was sie nicht besitzen, zu rächen, indem sie alles vergeuden, was sie haben könnten. So achtet ein Student viel mehr auf seinen Hut, als auf seinen Anzug. Der ungeheure Verdienst veranlaßt den Schneider fast immer, seinen Kunden Kredit einzuräumen, während die geringfügige Summe den Hutmacher zu einem der wenigst umgänglichen Wesen machen, mit denen der Student zu unterhandeln gezwungen ist. Wenn der junge Mann im Theater den sorglosen hübscher Frauen verblühen Westen preisgibt, so bleibt es sehr zweifelhaft, wie es um seine Strümpfe bestellt ist; auch der Strumpffabrikant gehört zu den Bohrenwärmern seines Vortemonaies. Rastignac war auf diesem Standpunkt angelangt. Seine

Börse, die für Frau Bauguer stets leer, aber für die Forderungen seiner Eitelkeit stets voll war, war eigensinnigen Schwankungen unterworfen, die zu den selbstverständlichen Zahlungen in argem Mißverhältnis standen. Um diese stündende, eiselhafte Pension zu verlassen, die er als Lohn auf seine Ansprüche empfand, mußte er seine Wirtin für einen vollen Monat bezahlen und die Einrichtung für seine Dandy-Wohnung kaufen. Dies aber war unmöglich. Um sich das zum Spiel notwendige Geld zu verschaffen, verstand Rastignac, sich beim Zwielfter goldene Uhren und Ketten zu kaufen, die er mit nicht geringem Verlust ins Versayant, diesen stillen und verschwiegenen Freund der Jugend, brachte; wenn es sich aber darum handelte, für Zimmer und Essen, oder für die Dinge, die für die Aufrechterhaltung seines eleganten Lebens notwendig waren, zu bezahlen, so hatte er weder Mut noch Einfälle. Eine alltägliche Notwendigkeit, Schulden, die er gemacht hatte, um Bedürfnisse zu befriedigen, verstillten seine Phantasie in keiner Weise und zeitigten keine Einfälle, um neue Geldquellen zu schließen. Wie die meisten, die durch dieses Zufallsleben gegangen sind, wartete er bis zum letzten Augenblick, um Forderungen zu begleichen, die dem Spieler heilig sind, sowie einst Mirabeau sein Brot nur bezahlt hat, wenn es ihm in der dringlichsten Form eines Beschlusses präsentiert wurde. Um diese Zeit hatte Rastignac sein Geld verloren und steckte in Schulden. Er begann die Unmöglichkeit zu begreifen, sein Leben auf diese Weise ohne sichere Einnahmen weiterzuführen. Aber während er über die Beinträchtigungen seiner Lage stöhnte, fühlte er sich außerstande, auf die Vergnügungen seines Lebens zu verzichten; er wollte es um jeden Preis auf dieser Basis weiterführen. Die Zufälle, mit denen er gerechnet hatte, um seine Lage aufzubessern, wurden immer phantastischer,

die tatsächlichen Schwierigkeiten größer. In die häuslichen Geheimnisse des Ehepaars Nucingen eingeweiht, hatte er erkannt, daß man, wenn man Liebe als Mittel, um sich Geld zu verschaffen, benutzen will, den Ketsch der Ehe bis zur Keige leeren und auf alle Vorstellungen verzichten muß, die die Absolution jugendlicher Fehler sind. Diesem äußerlich blendenden Leben, das von Gewissensbissen zerfressen war, und dessen süchtige Freuden durch Sorgen und Angste schwer erkauft wurden, hatte er sich mit Haut und Haaren ausgeliefert. Er glitt immer tiefer hinein: wie La Bruvères Zeritreuter hatte er sich ein Bett im Schlamm des Strafengrabens zurecht gemacht, aber bis jetzt hatte er, wie der Zeritreuter, nur seine Kleider bedudelt.

„Wir haben also den Mandarin getötet?“ fragte eines Tages Blanchon, als er von Tisch aufstand.

„Noch nicht, aber er röchelt schon“, gab er zur Antwort.

Der Mediziner sah dieses Wort als Eberz auf, und doch war es keiner. Eugen, der zum erstenmal seit langer Zeit in der Pension geblieben hatte, war bei Tisch schweigsam gewesen. Anstatt nach dem Dessert aufzustehen, blieb er im Speisezimmer neben Victorine Taillefer sitzen, der er von Zeit zu Zeit ausdrucksvolle Blicke zuwarf. Einige der Pensionäre sahen noch bei Tisch und nackten Rüsse, andere gingen auf und ab und fuhren in ihren Diskussionen fort. Wie immer am Abend ging jeder, wann es ihm paßte, je nach dem Anteil, den er an der Unterhaltung nahm, oder den Beschwerden, die ihm seine Verdauung verursachte. Im Winter ist das Speisezimmer selten vor acht Uhr leer, dann blieben die vier Frauen allein und rächten sich am Schweigen, das ihnen ihr Geschlecht in dieser vorwiegend männlichen Gesellschaft auferlegte. (Fortsetzung folgt.)

„Madame Pompadour“. (Neueinstudiert.) Diese letzte Operette Leo Fall's ist nur ein besseres Gesangsstück, der geschickt verfertigte Rahmen für die Bombenrolle einer besonderen Künstlerin und deren überragenden Persönlichkeit auf den Leib geschrieben. Ein besonderer Grund für die Wiederaufnahme des erst in der vorigen Saison mit der Massary zu Tode gespielten Wertes war daher kaum vorhanden. Denn Frau Sillows als Marquise Pompadour sieht zwar wunderbar aus, spielt sogar mit überraschend viel Temperament und ist auch gesanglich zufriedenstellend, vermag es aber dennoch nicht, die vergleichende Erinnerung an die einzigartige Leistung der Massary zu bannen. Auch ihr Partner Herr Kober als René war nur ein besseres Surrogat für den feinerzeitigen Gast. Die beste Leistung bot Herr Gabel als Josef, von dem die eigentliche Operettenstimmung des Abends ausging. Auch Operettenmeister Travniček hatte rechtlichen Anteil an dem Erfolge der Operette. —ok.

Spielplan des neuen Theaters. Heute Dienstag „Florian Geyer“; Mittwoch „Maskenball“; Donnerstag Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer; —Donnerstag Kramer „Hänsel Frankfurt“; Samstag „Figaros Hochzeit“; Sonntag „Tosca“.

Aus der Partei.
Kreis-Konferenz Bodenbach.

Im Saale der Volkshalle in Bodenbach fand Sonntag, den 18. November die diesjährige ordentliche Kreis-Konferenz des fünften Agitationskreises statt. Die Arbeiter-Sänger von Bodenbach brachten den Männerchor „Märzluft“ von Angerer, wirkungsvoll zum Vortrag, worauf Gen. Kögler an Stelle des erkrankten Kreisvertrauensmannes Genossen Adolf Reihner, die Konferenz eröffnete. Die Einleitung seiner Eröffnungssprache war ein stimmendes Bekenntnis zur proletarischen Solidarität für das von unerhörten Leiden und Qualen heimgesuchte deutsche Proletariat. Gen. Kögler wies auf die mit alter Berechnung von der deutschen Kapitalistenklasse inszenierte Konterrevolution hin und bezeichnete die deutsche Bourgeoisie als die Avantgarde der Weltreaktion. Es geht, so sagte Genosse Kögler, ein ungeheurer Mut und ein hoher Idealismus dazu, daß in dieser Hölle des Wahnsinns die deutsche Sozialdemokratie die Ideale des Sozialismus hochhält und getragen von hoher Verantwortlichkeit, am internationalen marxistischen Sozialismus festhält. Genosse Kögler ergoß sich dann in einer Schilderung der Situation des europäischen Proletariats und bezeichnet den Waffengang der österreichischen Genossen einen Lichtblick in der düsteren Zeit der allgemeinen Reaktion. Des weiteren verbreitete er sich über den Ausgang der Gemeindevahlen, als deren Ursache er die wirtschaftliche und geistige Verelendung weiter Bevölkerungsschichten bezeichnet. Die geschichtliche Entwicklung aber zeigt uns dennoch einen gewaltigen Aufstieg und beweist uns, daß die Idee des Sozialismus unbesiegt ist. Daraus bringt er ein Schreiben des erkrankten Genossen Reihner zur Kenntnis der Delegierten und ersucht um die Wahl eines Präsidiums. In dieses werden die Genossen Grund-Zeischen, Klingner-Bodenbach, Bürgermeister-Haida, Sienka-B. Kamnig u. Schweichhart-Anna-Bodenbach gewählt. Genosse Grund übernimmt die Geschäftsführung mit einer kurzen Ansprache und begrüßt insbesondere den Vertreter des Parteivorstandes Abg. Genossen Cermak, den Senator Genossen Knyzl und Abg. Genossen Schweichhart. Nach Einsetzung einer Wahl- und Mandatsprüfungskommission gelangt ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag der Jugendlichen, während der Tagung der Konferenz das Rauchen zu unterlassen, zur Annahme. Hierauf ergreift Genosse Kögler das Wort zu den Berichtern.

Der Bericht des Kreissekretariats, der den Delegierten in Druck vorliegt, ist sehr umfangreich und enthält nicht nur die ziffermäßige Wiebergabe der Organisationsverhältnisse, Mitgliederzahl, Markenbezug und Kassastand, sondern auch eine anschauliche Darstellung über die praktische Arbeit, die von unseren Genossen in den autonomen Körperschaften geleistet wurde. Aus dem Ziffermaterial verdient besonders die starke konjunkturgeschaffliche Bewegung hervorgehoben zu werden, die im Kreisgebiete über 15.000 Mitglieder umfaßt und deren Umsatz insgesamt über 20 Millionen Kronen beträgt. Davon weist der Konsumverein Bodenbach allein einen Umsatz von 13.300.000 Kronen aus. Ein weiteres Kapitel in den Berichten ist der Bildungsarbeit gewidmet, ebenso der Arbeiter-, Turn- und Sportbewegung, den Kinderfreunden und anderen mehr. Den Kassenbericht erstattet Genosse Knobloch, für den „Volkswort“ berichtet Genosse Wondreiz, den Bericht der Druckerei erstattet Abg. Genosse Schweichhart, der besonders die Schmutzkonkurrenz der tarifuntreuen Privatdruckereien und der Staatsdruckerei in Saaz hervorhebt. Von der Leistungsfähigkeit unserer Druckerei zeugt die Tatsache, daß ein Umsatz von rund 2 Millionen Kronen erzielt wurde. Namens des Frauen-Kreis-Komitees berichtet Genossin Berthen, für die Volksbuchhandlung Genosse Hode. Genosse Klum berichtet für die Kontrolle, die eine musterhafte Gebarung aller Zustanzen feststellen konnte. Er beantragte die Entlastung der abretierenden Funktionäre. In der Debatte sprechen die Genossen Wenzel-Haida, Bürgermeister-Haida und Schweichhart-Bodenbach. Worauf als Ergänzung zu den Berichten folgende Erklärung beschlossen wurde.

„Die Kreisvertretung spricht aus, daß der Beschluß der Gemeindefraktion in Bodenbach den Be-

schlüssen der Gesamtpartei widerspricht. Die im Volksboten Nr. 226 vom 8. Oktober l. J. veröffentlichte Erklärung des Fraktionsstandpunktes, die den Beschlüssen der Gesamtpartei widerspricht, ist vornehmlich die persönliche Meinung des Genossen Adolf Reihner.“

Zu Punkt „Presse“ spricht Genosse Wondreiz, der in einem längeren Referat eine anschauliche Darstellung über die Verhältnisse des Kreisorgans und über die Schwierigkeiten gibt, mit denen wir zu kämpfen haben. Ueber Antrag der Kreisvertretung wird der Beitritt zur „Vereinigung sozialdemokratischer Presse“ beschlossen, nachdem in einer kurzen Debatte die Genossen Bürgermeister- und Wallek-Haida, Kellbel-Steinshönan, Pauschilid-Culau, Wozfeld-Topfowitz, Bude-Ober-Eberdorf, Hanke-Mittelgrund und Kalme-Allgerdorf, sowie auch Genosse Cermak über verschiedene Einzelheiten gesprochen hatten.

Zu Punkt „Bildungsarbeit“ erstattete Genosse Dr. Stern ein geistvolles und instruktives Referat. Auf Antrag des Genossen Förster-Neu-Selbnitz wird beschlossen, das Referat in Druck zu legen und in einer Massenaufgabe zu verbreiten zu lassen. Das Referat über „unsere nächsten Aufgaben“ erstattete Abg. Genosse Cermak.

Der Referent gibt eine anschauliche Darstellung der gesamtpolitischen Situation und betont, daß die wirtschaftliche und geistige Depression und die politische Versumpfung unseren Kampf ungemein erschweren und wesentlichen Anteil an der Wahlniederlage vom 16. September haben. Genosse Cermak bespricht kurz die Verhältnisse in der Tschechoslowakei und über unsere Politik, die er unter den gegebenen Verhältnissen als richtig bezeichnet. Eine Debatte zu diesem Gegenstand erfolgt nicht und es wird sodann die Wahl der Delegierten zum Parteitag vorgenommen. Es werden gewählt: Genossen Bruno Grund-Zeischen, Karl Göschka-Allstadt und Anna Schweichhart-Bodenbach. Für einen eventuell notwendigen werdenden Ersatz werden die Genossen Weber, Pantusch und Genossin Heller vorgeschlagen. Ein Antrag der Lokale Steinshönan auf Abschaffung des Impfwanges wird von der Konferenz als Wunsch zur Kenntnis genommen und sodann die Wahl der Kreisleitung vorgenommen. Diese setzt sich wie folgt zusammen: Genossen Kögler, Kreissekretär; Knobloch, Kreisoffizier. Als Mitglieder der Kreisvertretungen die Genossen Fister, Grund, Göschka, Klingner, Reihner, Reihner, Schiller, Weber; Kontrolle: Hanke, Tröster, Klum und Schneider. Presse: Wondreiz und Schweichhart. Erziehung: Vahrel, Pantusch, Ziemisch, Piesch. Als Vertreter der Jugendlichen in der Kreisleitung Genosse Hode. Frauenkomitee: Die Genossinnen Berthen, Grünzner, Steinig und Schweichhart. Für den Ersatz: Heller und Umlauf. Die Wahl des Kreisvertrauensmannes bleibt der konstituierenden Sitzung der neuen Kreisvertretung vorbehalten.

Unter „Allgemeines“ wird ein Antrag des Genossen Berthen-Vielas auf Auslegung von Gedankenbüchern über die Arbeiterbewegung im Kreisgebiete angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und Genosse Klingner schließt mit Dankesworten die arbeitreiche Tagung. Die Delegierten erheben sich von den Sitzen und singen das „Lied der Arbeit“.

Besucht war die Konferenz von 130 ordentlichen Delegierten und 20 Gästen. Darunter für den Parteivorstand Genosse Cermak, für die Zentralbildungsstelle Genosse Dr. Stern, für den Klub der Abgeordnete Genosse Schweichhart, für den Klub der Senatoren Genosse Knyzl.

Bezirkskonferenz Landskron. Sonntag, den 18. November hat im Arbeiterheim in Landskron die Bezirkskonferenz stattgefunden. Als Vertreter des Parteivorstandes war Gen. Dr. Strauß (Prag), als Vertreter der Kreisorganisation Kreisvertrauensmann Genosse Köhner (Grulich) erschienen. Die Konferenz wurde um 10 Uhr vormittags vom Bezirksvertrauensmann Schmidt eröffnet, worauf zunächst Parteisekretär Genosse Liebich den Bericht über die letzten Monate Parteiarbeit

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Stoffbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Zugschneidmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Relatormaschinen mit einer Tagesproduktion von 200.000 Zeilen. Fernsprecher Nr. 273. Postparaffin Nr. 137.503

erstattete Er gab auch einen Überblick über die organisatorische Durchführung der Gemeindevahlen und wies darauf hin, daß noch eine Reihe von Mängeln in der Organisation zu beheben sind. An das Referat schloß sich eine sehr anregende und interessante Debatte, an der sich die Delegierten Schmidt (Landskron), Simon (Dittersbach), Hübl (Landskron), Aroul (Landskron), Popp (Landskron) und Köhner (Grulich) beteiligten, wozu letzterer insbesondere über die Verbreitung des „Abwergirgsboten“ berichtete. Sodann erstattete Genosse Dr. Strauß ein ausführliches Referat über die Gemeindevahlen und ihre Lehren, woran sich eine kurze Debatte angeschlossen. Als Delegierter für den Parteitag wurde Genosse Liebich, als dessen Stellvertreter Genosse Stefan bestimmt. Ueber die Bedeutung der Jugendorganisation für die Partei sprach Genosse Kessel (Landskron), worauf beschlossen wurde, daß der Bezirkssekretär im Einvernehmen mit der Landskroner Jugendgruppe sich intensiv mit der Organisierung der Jugend befassen soll. Nach Erledigung verschiedener Anfragen und Annahme einiger Anträge zum Parteitag, sowie einem Appell des Gen. Liebich, für die Deutschlandhilfe alle Kräfte in Bewegung zu setzen, wurde die Bezirkskonferenz, welche die stärkste Konferenz seit der Spaltung der Partei gewesen war und an der 66 Delegierte der Lokalorganisationen und Gemeindevereinigungen teilnahmen, geschlossen. — Am Vorabend der Konferenz fand eine Sitzung der Bezirkskonferenz statt, in der eine mehrere Stunden dauernde Debatte über die Taktik der Partei abgeführt wurde, in die Genosse Dr. Strauß mehrmals eingriff, am Sonntag abends fand eine gut besuchte Parteiverammlung statt, in der gleichfalls Genosse Strauß über die wirtschaftliche Lage referierte.

Wählerversammlung in Sundenburg. Senator Genosse J. Polach referierte in der öffentlichen Wählerversammlung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei am Dienstag, den 13. d. M. über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage und ihren Einfluß auf die Wahlen. Ausgehend davon, daß der Ausfall der Gemeindevahlen die jeweilige Richtung des Staates bedingte, erläuterte der Referent die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegszeit, die während des Krieges und die in den fünf Jahren des Bestehens der neuen Staaten. Aus diesen Zusammenhängen hat er ein Bild der gegenwärtigen Zeit und demonstrierte die Rückwirkung dieser Verhältnisse auf die einzelnen Staatsgebilde und deren Gemeindevahlen. Uebergehend auf die tschechoslowakische Republik charakterisierte er treffend das Verhalten der bürgerlichen Parteien während dieser drei Perioden und stellte es in Gegensatz zu dem des Proletariats. Wirkungsvoll war der Hinweis auf die Vorgänge in Bayern und auf den Emporismus Wiens, der die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Ebenso tiefgehend beleuchtete Gen. Polach die heute bei uns wieder zur Macht gekommenen Reaktionen. Er schloß: Von den Wahlen in die Gemeindevahlen werden die Wahlen in die Nationalversammlung abhängig und damit auch die Ziele und die Richtung der jeweiligen Regierung gegeben sein. Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. — Der Saal war sehr gut besucht. Dem Referenten wurde reichlich Beifall zuteil. Zustimmungsrufe begleiteten seine Ausführungen. Die nächste Wählerversammlung findet am Samstag, den 24. d. M., statt, bei welcher Senator Genosse Wilhelm Reihner über die Gemeindevahl sprechen wird.

Bezirksorganisation Prag. Heute Dienstag um 8 Uhr abends findet im Verein deutscher Arbeiter, Zmetochgasse, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. — Donnerstag, den 22. findet im Restaurant „Goldenes Kreuz“ um 8 Uhr abends eine Parteiverammlung statt, bei der Genosse Otto Jensen (Gera) über die deutsche Krise sprechen wird.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Vollstbuchhandlung Ernst Sattler,

Karlsbad.

In einer Stunde

Das Metall Philologie Belletristik Kunstgeschichte Weltliteratur Deutsche Literatur Physik, Chemie

Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schottler, Klambund, Vassar, Cohn u. a. — Jeder Band gebunden 6.50.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Freibeil Leipzig, Egidienstr. 18.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Jugendbewegung.
Sozialistische Jugendorganisation Prag. Heute, den 20. November findet um 8 Uhr abends im Vereinsheim „Deutscher Arbeiter“ in Prag II, Zmetochgasse 27, ein Vortrag des Gen. Prof. Czuczka über „Seine und seine Stellung zum Sozialismus“ statt, zu welchem die Genossinnen und Genossen eingeladen werden. — Parteigenossen sind ebenfalls willkommen und wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Turnen und Sport.

DTC. gegen Aushausklub des Mittelganges 3:1 (4:1). Ein Vormittagsspiel ohne besondere Aufregungen und mit wenig sportlichem Wert. Der DTC. war dem Verbandssteam — das aus den Sportbrüdern, verstärkt durch Langer (DTC.) und einem Sturm-Spieler, bestand — so überlegen, daß die DTC. heute bald das ganze Spiel als überflüssige Vormittagsbeschäftigung zu betrachten begangen und es einigen wenigen überließen, sich abzurufen. Besuch bei 600 Personen. Sonst wäre über das Spiel nichts zu berichten.

Sparta gegen Vienna (Wien) 3:0 (2:0). Prag und Wien sind um eine Enttäuschung reicher. Denn die Vienna entsprach bei weitem nicht den Erwartungen, die man auf sie gesetzt hatte und die durch eine wochenlang währende an Jirkus und Kino gemachende Reklame genährt worden waren. Daß ein Spartaforum ohne Kollid — dem nach Wien abgewanderten — und ohne Dvofakel drei Tore erzielen konnte, denen die Vienna nicht eines entgegenzustellen vermochte, charakterisiert den Spielverlauf vollkommen. Bei Vienna verlagten die Verteidigung, die Seitenhälfte und der Angriff insoweit, als er zu bequem war und sich selten einmal zu einem Schuß aufs Tor entschließen konnte. Bei der Sparta war die Hälfte des Bestes der ganzen Mannschaft. Die Verteidigung und der Torwart gleichfalls auf gewohnter Höhe. Festgestellt muß noch werden, daß der Schiedsrichter Perites das Spiel — und auch die rabaukigen Zuschauer — jederzeit in der Hand hatte und so bewies, daß auch am Spartaplatz keine Rohheitskesseln vorkommen müssen, wenn der Spielleiter streng und objektiv ist. Der Ausschluß Hajnyš erlöste alle Ansätze zu rohem Spiel im Reime.

Sonstige Sonntagsfußball. DTC. Erziehung gegen Städtegemeinschaft Leitmeritz-Loßnitz 2:0. — Prag: Oedie Karlin gegen Meteor VIII 5:3, Prag VII gegen SA. Lieben 1:0. — Pilsen: Viktoria gegen Slavia Prag 2:1 (1). — Brünn: Pardubice gegen Zdenice 4:2, Maffabi gegen Moravia Slavia 2:0. — Přebuz: Tschchoslow. Gau gegen ungar. Gau 1:1. — Komotau: Teplitzer FA. gegen DTM. Komotau 2:1. — Mähr.-Odrau: Rapid Wien gegen Slavia 1:0. — Wien: Amateure gegen WAF. 4:0, Salach gegen Pertha 4:1. Siemerling gegen Estmark 1:0, Sportklub gegen Slavia 2:0, Admira gegen Bader 1:1. — Budapest: MTA. gegen FC. 2:0. — Nürnberg: Nürnberg gegen FA. gegen 1. Nürnberg FC. 1:0 (1). N. FA. erzielt das Tor in der 20. Sekunde (1), und zieht sich dann auf eine prachtvoll durchgeführte Verteidigung zurück. Der 1. N. FC. belagert fortwährend, kann aber nichts erzielen.

Mitteilungen aus dem Sublitum.

12 Photographien für K6 nur im Photo-Studio Prag, Paclavské nam. 15. 1872

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solih.

300%

Erstarrnis
gegenüber der
Lederschle
bietet **Palma**
Kautschukabsatz-schle